

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat»

AZB 5332 Rekingen

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 1 Januar 2001

36. Jahrgang

Schweiz bald EU-Financier?



Bernhard Hess,
Nationalrat
und SD-
Zentral-
sekretär, Bern

Am Gipfeltreffen in Nizza ist die Europäische Union durch die Reform ihrer Entscheidungsmechanismen auf die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten aus Osteuropa vorbereitet worden. Vornehm verschwiegen werden in Brüssel jedoch die ungeheuren Kosten der Erweiterung und die drohende Massenzuwanderung. Gerade im Hinblick auf die Volksabstimmung vom 4. März über die EU-Beitrittsinitiative sollte man auch hierzu-lande über diese Tatsachen nicht schweigen.

Bis zum Ende des Jahrzehnts soll die Europäische Union von bisher 15 Staaten in einer ersten Beitrittsrunde um sechs Kandidaten, deren grösster Polen ist, und in einer zweiten Runde um weitere sechs, deren grösster Rumänien ist, erweitert werden. Berlin würde damit geographisch ganz und gar in den Mittelpunkt, Brüssel und Paris hingegen an den Rand rücken.

Zusatzlasten für Nettozahler

Dass die Erweiterung um insgesamt zwölf Staaten Hunderte Milliarden Euros erfordert, ist ebenso unbestritten wie die Feststellung, dass die Hauptlast traditions-gemäss dem bundesdeutschen – aber auch dem österreichischen – Steuerzahler aufgebürdet wird. Neben den Eingangskosten treten enorme alljährliche Zusatzlasten für die Nettozahler ein. Schon bisher zahlt die Bundesrepublik Deutschland jährlich um 27 Milliarden und die Republik Österreich 2½ Milliarden Mark zuviel an die EU, während Spanien um 15 Milliarden, Griechenland 10 Milliarden und Portugal 6 Milliarden Mark zu-

viel je Jahr kassieren. Die kaum überbietbare Willkür der Verteilung von Nutzen und Lasten auf die EU-Staaten wird besonders dramatisch am Beispiel Luxemburgs demonstriert. Dieser reichste Staat der Erde mit dem höchsten Brutto-sozialprodukt und der geringsten Arbeitslosigkeit kassiert für seine 380'000 Einwohner alljährlich um 2 Milliarden Mark zuviel von der EU. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass insbesondere Deutschland, aber auch Österreich, es sehr gerne sehen würden, mit der Schweiz einen zusätzlichen potenten Nettozahler (mit jährlichen Zuwendungen von fünf bis sieben Milliarden Franken an den Brüsseler-Finanztopf) im Kreise der EU-Bewerber zu wissen.

Massenzustrom

Die Osterweiterung um die insgesamt zwölf Kandidaten der ersten und der zweiten Beitrittsrunde hat den gravierenden Nachteil, dass die nach kurzer Übergangsfrist zweifellos gegebene Freizügigkeit eine riesige Welle von Arbeitskräften aus den neuen EU-Staaten nach Westeuropa zurollen lässt. Nach einer Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung (IWF) in Berlin werden allein aus Partnerstaaten der ersten Beitrittsrunde (Polen, Ungarn, Slowenien, Tschechische Republik, Zypern und Estland) zwischen 340'000 und 680'000 Arbeitskräfte über die Wohlstandsgrenze nach Deutschland, Österreich und in abgeschwächter Form auf das östliche Oberitalien kommen. Auch die zweite Welle (aus Bulgarien, Rumänien, der Slowakei, Litauen und Lettland) wird kaum viel kleiner ausfallen.

Euro-Entwertung

Eine weitere Konsequenz der EU-Osterweiterung wird auch die Einführung des Euro in den meisten Beitrittsstaaten sein. Da es sich dabei durchwegs um Weichwährungs-länder handelt, wird damit die bereits schwächliche europäische Währung zusätzlich entwertet. Dänemark, Schweden und auch

Kampf dem EU-Anschluss

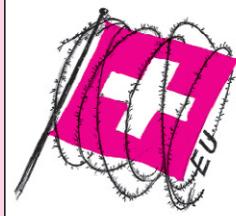
Am 4. März 2001 werden sich Volk und Stände über die Eidgenössische Volksinitiative «Ja zu Europa» äussern müssen. Das aus Pro-EU-Kreisen lancierte Volksbegehren verlangt die unverzügliche Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen in der Bundesverfassung.

Der Bundesrat hat in seinem *Neuen Aussenpolitischen Bericht 2000* das strategische Ziel «Beitritt der Schweiz zur EU» bekräftigt. Er will deshalb das Geschäft so weit vorbereiten, dass er spätestens in der nächsten Legislaturperiode über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen entscheiden kann. Es muss angenommen werden, dass die aktuelle Mehrheit des Parlaments den bundesrätlichen EU-Anschlusskurs unterstützt. Lediglich die Infragestellung der Regierungskompetenz, den Termin in der Verfassung zu bestimmen (Art. 23, Abs.2 «ohne Verzug») und der Hinweis darauf, dass zuerst die Auswirkungen der bilateralen EU-Verträge abzuwarten sind, führte dazu, dass der Bundesrat bisher das 1992 eingereichte EU-Beitritts-gesuch nicht reaktiviert hat.

Die Parteileitung der Schweizer Demokraten hat beschlossen, wiederum mit einer **engagierten Kampagne** das falsche Begehren zu bekämpfen. Geplant ist eine breite Anti-EU-Flugblattaktion. Die Argumente können Sie auf Seite 16 entnehmen. Damit wir bereits jetzt abschätzen können wie viele **Flugblätter «Nein zur EU»** wir drucken können, bitten wir Sie, schon jetzt ihre kostenlose Bestellung mit dem Talon auf der letzten Seite vorzunehmen.

Wir danken allen, die uns wiederum tatkräftig unterstützen werden.

Ihre SD-Parteileitung



Grossbritannien verzichten deshalb klugerweise, in naher Zukunft dem Euro beizutreten.

EU bleibt undemokratisch

Eines haben die Verhandlungen auf dem EU-Gipfel in Nizza deutlich aufgezeigt: Die EU bleibt ein zentralistisches, bürokratisches und demokratiedefizitäres Riesengebilde. So ist es nicht gelungen, die Stimmengewichtung im EU-Rat dem tatsächlichen Bevölkerungsanteil anzupassen. Frankreich, Belgien und Spanien haben sich durchgesetzt und eine demokratischere Union verhindert. Insbesondere Frankreich, an dessen

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

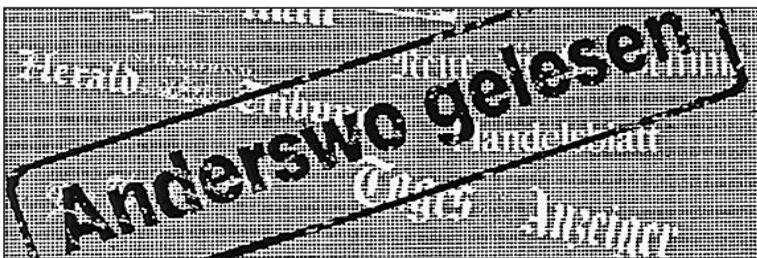
- 2 «EU-reife» Militärdiktatur Türkei?
- 3 Sind wir noch Herr im eigenen Land?
- 4 Die Jungen kommen
- 7 Deshalb habe ich Gorbatschow zugehört
- 8 Veranstaltungskalender
- 11 Gerechtigkeit für unser Land
- 12 Der Leser hat das Wort

Sind wir noch Herr im eigenen Land?

ND. Wer hat sich nicht schon aufgeregt über die zum Teil unver-schämten politischen Demonstrationen von ausländischen «Gästen» (ausser natürlich unsere «lieben» Linken und Netten)? Ein bisheriger Tiefpunkt bei solchen Demos dürfte zweifellos die Besetzung des Bundeshauses vom 9. Dezember 2000 durch eine Meute Kurden gewesen sein. Da muss man sich wirklich langsam fragen, ob wir noch Herr im eigenen Land sind. Ich behaupte Nein, was natürlich nicht verwunderlich ist bei unserem bekanntlich schwachen, um nicht zu sagen unfähigen, Bundesrat. Wenn man bedenkt, wie unfähig sich unsere oberste Landesregierung bei früheren ähnlichen Demos erwiesen hat (z.B. Besetzungen mit Geiselnahmen ebenfalls durch Kurden in Bern und Zürich vor zirka ein bis zwei Jahren oder die tagelange Besetzung des Bundesplatzes in Bern durch einige tausend Personen vor einigen Jahren), braucht sich über diese Eskalation nicht zu wundern. Damals

wurden nicht einmal die Rädelführer gerichtlich belangt, von Schadenersatzforderungen für die angerichteten Schäden ganz zu schweigen. Dass diese Leute, die offenbar nicht einmal die primitivsten Anstandsregeln kennen und sich im Gastland wie Besatzungstruppen benehmen, immer frecher werden, ist also logisch. Wenn ein Schweizer aus einem besonderen Anlass (runder Geburtstag, Goldene Hochzeit usw.) eine Feier durchführt und nach 22.00 Uhr noch «zu viel» Lärm verursacht, riskiert er eine Busse, aber eben – wir Schweizer sind in unserem eigenen Land mehr und mehr nur noch Bürger zweiter Klasse.

Etwas Gutes haben diese Aktionen wenigstens: Die Sympathie gegenüber solchen Leuten sinkt immer schneller Richtung Nullpunkt und es merken immer mehr Schweizer (und auch hier wohnende Ausländer), dass uns die schwache Ausländer- und Asylpolitik unseres Bundesrates immer stärker ins Chaos führt.



Missachtung des Gastrechts

Jede Nation hat ihre Symbole. In der Schweiz gehören etwa das Rütli oder das Bundeshaus dazu. Es dürfte jedem Schweizer weh tun, wenn eine solche symbolische Stätte der eigenen Nation durch fremde Akteure missbraucht wird. Das war so am 1. August auf dem Rütli, das Skinheads durch ihren Auftritt entwürdigten. Und das war gestern so bei der «Besetzung» des Bundeshauses durch unzufriedene Kurden. Dabei müssten sich die Kurden eigentlich im Klaren sein, dass die Sympathien wohl der Mehrheit des Schweizer Volkes auf ihrer Seite stehen. Auch in der Schweiz wird die menschenverachtende Justizpolitik der Türkei missbilligt, ebenso die jahrzehntelange Repression gegenüber dem kurdischen Volk. Aber durch die permanente Gewalttätigkeit, die sich auch bei so genannt «friedlich ablaufenden» Demonstrationen und Aktionen manifestiert, raubt sich das unterdrückte Volk selber die ihm eigentlich zukommende Zuneigung.

Aber so wie gestern in Bern und auch andernorts wird wieder die

alte Platte aufgetischt, es sei ja alles friedlich zu- und hergegangen. Schliesslich sei ja weder ein Mensch zu Schaden gekommen noch eine Sache beschädigt worden. Bei solcher Argumentation wird gefliessenlich übersehen, dass schon allein die Aktion der illegalen Inbesitznahme einer Stätte der parlamentarischen Demokratie im Grunde genommen einen unverzeihbaren Gewaltakt darstellt. Hinter der Aktion stehen sicherlich auch einheimische Sympathisanten. Es wird uns ja wohl niemand weismachen wollen, die Demonstranten seien nicht von Kennern zu ihrem Protest angestachelt worden. Ohnehin hatte man gestern den Eindruck, es sei eine Kampagne inszeniert worden. Es ist wohl kein Zufall, dass in Zürich so genannte «Autonome» mitmischten. Aber es darf nicht vorkommen, dass die Protestler noch straflos davonkommen; denn das dürfte viele Bürger erst recht noch verärgern.

Bemerkenswerter Kommentar von Dr. Paul Ehinger im Zofinger Tagblatt vom 20. Dezember 2000

Weitere Öffnung für kriminelle Ausländer durch Bundesratsentscheid



Rolf Boder,
Präsident
SD Winterthur

Ab 1. August wurden durch den Bundesrat die Einreisevorschriften drastisch verändert und europafreundlich ausgerichtet. Das heisst, dass ein Bürger, gleich welcher Nationalität, der in Europa aufenthaltsberechtigt ist, praktisch ungehindert in die Schweiz einreisen kann. Wenn zum Beispiel ein Bürger aus Jugoslawien im Besitz einer italienischen oder deutschen Aufenthaltserlaubnis ist, kann er visumfrei in die Schweiz einreisen. Dazu kommt noch, dass viele Aufenthaltspapiere absolut nicht fälschungssicher und einfach zu besorgen sind. Früher musste ein Afrikaner oder Bewohner vom Balkan ein Visum für die Schweiz einholen. Das ist mit der neuen Regelung nicht mehr der Fall. Was dies für unser Land bedeutet, kann sich jedermann selber vorstellen. So können selbst ungebettene «Gäste» ungehindert einreisen. Bei einer bestehenden Visumpflicht hätte der Botschafter im entsprechenden Land die Möglich-

keit, Auskünfte über eine Person zu erheben, um allenfalls bei Kriminellen oder Abgeschobenen etc. ein Visum abzulehnen. Dies ist heute nicht mehr möglich, unser Sozialsystem wird auf diese Weise zusätzlich belastet.

Ebenso untragbar ist die Bestimmung, dass Ausländer jeder Nationalität mit Aufenthaltstitel von USA und Kanada ohne Visum einreisen dürfen. Da die Schweiz keinen Zugriff auf europäische Fahndungssysteme hat, können national gesuchte Personen von den Schweizer Einreisebehörden nicht eruiert werden.

Diese neue Regelung ist ein absoluter Schnellschuss und dies nur, weil der Bundesrat so schnell wie möglich unser Land an die EU heranzuführen will. Dem Bundesrat ist es wichtiger, die Schweiz so schnell wie möglich in die EU zu führen, als die Sicherheit des Schweizer Bürgers zu gewährleisten. Leider kann der Bundesrat die Einreisevorschriften ändern, ohne das Schweizer Volk zu fragen (Bundesverfassung Art. 70). Man müsste sich überlegen, ob es sich nicht lohnen würde, mit einer Initiative zur Gesetzesänderung die Machenschaften und selbstherrlichen Bestimmungen des Bundesrates zu unterbinden. Unverständlich ist zudem, dass diese Bestimmungen nicht gegenseitig gelten.



Gewalttätige Kurden in Basel

In ihrem Integrationswahn lässt die Basler Regierung sich alles gefallen, irgendwann will man diesen Chaoten auch noch das Stimmrecht in Basel geben. Für die Basler Regierung heisst Ausländerintegration, dass sich die Schweizer anpassen haben und nicht umgekehrt, sonst wird man als Rechtsextremer oder Rassist abgestempelt, was in diesem Fall auch für die übrige Schweiz gilt.

Aus eigener Erfahrung mit meinem Sohn kann ich sagen, dass gegen jugendliche Schweizer mit zu kurzen Haaren konsequenter vorgegangen wird, als gegen kurdische

oder türkische Demonstranten bei einer unbewilligten Demo vor Weihnachten. Bei einem Fussballmatch in Basel genügen Bürstenschmitt und schwarze Jacken und eine Gruppenbildung von mehr als zehn Personen, um erkennungsdienstlich erfasst zu werden, wenn man sich anschliessend als Teilnehmer nicht sofort entfernt, wird man mit vorsorglichem Freiheitsentzug bedroht.

Im Gegenzug können über 400 Kurden in Basel ohne Bewilligung gewalttätig demonstrieren, anschliessend wird von der Regierung auch noch das Gesetz gebeugt, indem man in den Medien verkündet, dass für eine sogenannte Spontandemonstration keine Bewilligung nötig ist.

Von einer fortschrittlichen Basler Integrationspolitik kann überhaupt keine Rede sein, sondern von einseitiger staatlicher Willkür gegenüber Schweizer Bürgern. Nicht ohne Grund verlassen so viele Schweizer den Basler Stadt Kanton. Eine schwache linkslastige Regierung, die mit zu hohen Steuereinnahmen auch noch fragwürdige Integrationsprojekte unterstützt.

Ph. Hurni, Basel

JSD -Standpunkt

Die Jungen kommen!

Seit nunmehr 27 Jahren besteht die Jungpartei der Schweizer Demokraten, respektive Nationale Aktion. Wie die Mutterpartei hatte auch unsere Hochs und Tiefs zu bestehen. Jedoch hatte die JSD/JNA immer den Vorzug, im Windschatten der Mutterpartei mitgenommen zu werden. Was auf der einen Seite als Vorteil erscheint, ist auf der anderen Seite insofern ein Nachteil als, abgesehen von einigen jungen Aktivisten, viele «einfach» passive Mitglieder sind und sich nicht am Parteigeschehen beteiligen. Damit ist jetzt Schluss!

Während der Vorweihnachtszeit war nicht nur der Weihnachtsmann fleissig. Auch einige Junge Schweizer Demokraten waren hinter den Kulissen tätig, hielten Sitzungen ab, arbeiteten Konzepte aus, diskutierten, stellten Programme zusammen. Kurz gesagt, bei den Jungen läuft wieder etwas.

Die ersten Erfolge scheinen sich bereits abzuzeichnen. So hat man bereits in Zürich eine Sektion ins Leben gerufen und einen jungen Kantonalvorstand zusammengestellt. Erfreulich auch, dass bereits die ersten Neuzugänge zu verzeichnen sind. Es mag ein wenig wagemutig erscheinen, wenn wir bis Anfang des nächsten Jahres die Mitgliederzahl (ca. 300 junge Frauen und Männer) der JSD verdoppeln wollen. Aber dennoch sind wir zuversichtlich, dass unser Konzept Erfolg haben und somit die politische Zukunft der Schweizer Demokraten sichern wird. Dadurch, dass

wir die Zukunft der JSD nicht als eine (Jung-) Partei, sondern vielmehr in einer politischen Bewegung sehen, glauben wir eine Chance zu sehen. In der Bewegung sehen wir die Möglichkeit, in verschiedene, voneinander unabhängige Richtungen hinarbeiten. Aber selbst mit noch soviel Optimismus kommen wir nur halb so schnell voran und sind leider auch auf das unverzichtbare Geld angewiesen. Zwar haben wir einige interessante Ideen zur Selbstfinanzierung, aber leider sind die auch nur bis zu einem gewissen Grad zu erfüllen. Auch die Mutterpartei kann uns nur mit dem Allernotwendigsten unterstützen, da die Schweizer Demokraten von der Wirtschaft unabhängig sind (was auch gut ist, da wir keine Oligarchie in unserer Bewegung brauchen, wie etwa die SVP, FDP und sogar die Sozis).

Wir brauchen finanzielle Mittel um eine effiziente Infrastruktur aufbauen zu können und sonstige Anschaffungen zu tätigen. Dabei kommt man auch mit dem grössten Idealismus nur halb so weit.

Rafael Hernandez,
Stützpunktleiter JSD Kanton Zürich

Deshalb der Aufruf an Sie, wertere Mitglieder, Freunde und Sympathisanten der Jungen Schweizer Demokraten: Helfen Sie mit einer Spende die politische Zukunft der Bewegung zu sichern. Egal, ob mit Fr. 10.-, 20.-, 100.- oder mehr Franken. Sie tun mit Sicherheit etwas Vernünftiges für Volk und Vaterland! Danke im Namen aller jungen Schweizerinnen und Schweizer der JSD. Bitte auf dem Einzahlungsschein das Stichwort «JSD» angeben.

Präsidium a.I. JSD Schweiz

Allschwil: Massenschlägerei von Ausländern

An Sylvester haben sich in Allschwil über 2000 Türken, Albaner und Lybier zu einem Fest getroffen... und was man in fast keiner Zeitung lesen konnte: Die Silvester-Party endete in einer grossen Massenschlägerei. Unsere Polizei musste mit einem grossen Polizeiaufgebot ausrücken. Für diese Polizisten gab es keinen Feiertag, sondern harte Arbeit, sie mussten Ruhe und Ordnung wieder herstellen. Und wer bezahlte diese schöne Bescherung? – Natürlich wieder wir Steuerzahlende. Wir haben ja so viele liebe Gäste im Land... mit denen man tolerant umgehen sollte...

Schweizer besetzen Parlament in Ankara

So etwas wäre in der Türkei undenkbar. Solche Schweizer würden postwendend ins Gefängnis gesteckt oder ohne rechtliche Anhörung aus dem Lande ausgeschafft. Wenn aber Türken in Bern unser Bundeshaus besetzen, dann wird gebibäbelet, diskutiert und toleriert. Wir finden diese Multi-Kulti-Politik unserer Regierenden schlicht zum Kotzen!



JSD fordern «Exit» auch für Linksradikale

Die Jungen Schweizer Demokraten (JSD) nehmen mit Befremden davon Kenntnis, dass die «Antifa» offensichtlich keineswegs zum Gewaltverzicht gegen Andersdenkende bereit ist, sondern das Heilmittel gegen sogenannte Rechtsextreme sogar noch mit stalinistischen Vokabeln wie «Angriff» untermauert.

Die Antifa ist eine zutiefst antidemokratische und gewalttätige Organisation. Deshalb fordern die JSD die Behörden auf, das vorgesehene Exitprogramm, welches den Ausstieg für ausstiegswillige «Neonazis» vorsieht, auch auf die

Linksradikalen auszudehnen. Die JSD fordern zudem sämtliche demokratische Kräfte und auch die Medien auf, die Augen auch vor linksextremem Gewalt nicht zu schliessen.

Junge Schweizer Demokraten (JSD)
Alexander Nyffenegger, Bern,
JSD-Presseschef

Bravo: Jugendliche für den Sonderfall Schweiz

Eine Mehrheit der 20-jährigen Einheimischen zieht den sogenannten «Sonderfall Schweiz» der sogenannten «weltoffenen Schweiz» vor. Offensichtlich haben viele Junge genug von der staatlichen Propagandawalze, die täglich über uns hereinbricht. Widerstand ist angesagt. Das stimmt uns optimistisch!

Schlag ins Gesicht der Internationalisten!

Weltoffen, tolerant und eurofreundlich sei unsere Jugend, predigen uns die grossen Herrscher über die Medien, die Ringiers, Schawinskys, Coninx und Konsorten tagein und tagaus. Nun hat aber eine grosse repräsentative Umfrage ergeben, dass in der jungen Generation immer mehr Widerstand gegen die Überfremdung, den UNO- und EU-Beitritt zu verzeichnen ist. Die Jungen seien bodenständiger und heimatverbundener als man allgemein angenommen habe. Kommt wohl nun die Gegenreaktion auf die endlose Pro-EU und Pro-UNO-Propaganda-Lawine, welche die vorhin erwähnten Beherrscher der Medien auf uns niederprasseln lassen? Wir freuen uns über diese Umfrage. Unsere Jugend ist gesünder und resistenter, als man gemeinhin annimmt. Und niemand wird jetzt wohl mehr behaupten können, dass «die Jugend für eine weltoffene Schweiz» sei... Unsere Schweiz ist wieder in!

Basel: Ausländerkrawall am 23. Dezember

Wo bleibt da die Toleranz gegenüber unserer Kultur? Türken haben am Tag vor Weihnachten in Basel Krawall gemacht, massive Sachbeschädigungen verursacht und die Polizei tätlich angegriffen. Bereits vier Tage später liess man diese Leute wieder demonstrieren in Basel, Bern und Zürich. Uns Einheimischen mutet man immer wieder zu, dass wir die Tramunterbrüche in den Städten tolerant akzeptieren... und zudem müssen wir noch die neuen Schaufenster, die kaputtgeschlagenen Velos usw. auf unsere Kosten bezahlen... Schöne tolerante Schweiz!

Eidg. Abstimmung vom 4. März 2001:

NEIN zur EU-ANSCHLUSS-INITIATIVE

Nein zur Aufgabe unserer Unabhängigkeit

Die neuen JSD -Leibchen sind da!

Weisses Leibchen
Grösse M, L und XL

Fr. 25.– plus Porto und Verpackung
(Versand per Nachnahme)

Zu bestellen bei:
Adrian Moser, Lyssstrasse 32a, 3270 Aarberg

(Absender und Grösse nicht vergessen!)



Junge Stimme

Merke: Pech hat, wer neben den falschen Passagieren sitzt!

Ny. Ein weiteres unrühmliches Beispiel in Sachen multikultureller Unverträglichkeit ereignete sich vor ein paar Wochen in Rapperswil, als zwei junge Schweizer (wohlgemerkt: keine Skinheads) von einer Überzahl «Exil-Jugoslawen» erst massiv provoziert und dann brutal zusammengeschlagen wurden. Dem Überfall ging eine «Anzünderei» in einem Zug voraus, in dem die Schweizer reisten und vorerst von zwei Jugos belästigt wurden. Nach dem erfolglosen Versuch, einer Auseinandersetzung zu entweichen, verliessen unsere Landsleute den Zug vorzeitig und wurden noch im Bahnhof von fünf balkanesischen Gewalttätern, die vorher über Mobiltelefon als Verstärkung herbeigerufen worden waren, spitalreif geschlagen. Fazit: Man sollte sich einmal die umgekehrte Situation vor Augen

führen, wenn zwei Jugos von fünf Schweizern vermöbelt würden; das Echo in der gesamten Schweizer Presse käme einer weiteren Hetze gegen die patriotische Bewegung gleich, härtere Strafen gegen inländische Schläger würden schnurstracks gefordert. Im Falle unserer unbeachteten landsmännischen Opfer, die diesen brutalen, meuchlerischen Überfall als lebenslänglichen Albtraum in ihrem Unterbewusstsein zu schlummern wissen, konnte von keinerlei «Gutmenschen» auch nur die geringste Reaktion oder Anteilnahme vernommen werden, weshalb wir das an dieser Stelle tun. Wir wünschen den Opfern beste Genesung und hoffen, sie mögen diese traumatische Erfahrung so schnell als möglich überwinden. Den Tätern möge eine drakonische Strafe widerfahren!

«Böhse Hosen» und «Tote Onkelz»:

Die Gratwanderung zwischen «Kanakenjagd» und Kommerz

Der Kenner der Szene ist schon lange damit vertraut: Verschiedene Akteure in der einstigen Punk- und Metal-Kultur, die früher noch lautstark gegen diverse soziale Missstände und sogenannten Kommerz aufgebeht hatten, sind ihren «Prinzipien» sehr schnell untreu geworden, wenn sich plötzlich die Möglichkeit eines lukrativen Plattenvertrages darbot. Obwohl man den Schritt dieser Leute hin zur

Prostitution ihrer selbst irgendwie noch nachvollziehen kann, so stösst man doch hin und wieder auf merkwürdige ideologische Wandlungen, die mehr als nur einen schalen Beigeschmack innehaben. Der Fall der «Böhsen Onkelz», mittlerweile eine superverdienende Band, die dem Punk-Untergrund entsprungen ist, kann in dreierlei Hinsicht eine Wandlung aufweisen, die dem Wechselspiel

eines Chamäleons gleichkommt. Ursprünglich als linke Punk-Band aufgetaucht, mutierten die vier Frankfurter in den 80er Jahren zu einer astreinen Skinhead-Gruppe mit so einschlägigen Songs wie «Türken raus», bis sie in den 90er Jahren unter die Fittiche der kommerziellen Marketing-Strategen gekommen sind und mittlerweile sogar auf «Rock-gegen-Rechts»-Veranstaltungen auftreten. So funktioniert heutzutage der Ausverkauf auf allen Ebenen, seien sie musikalischer oder philosophischer Natur.

Ein anderes, wenn auch nicht so offensichtlich Beispiel stellen die «Toten Hosen» dar. Welcher Jugendliche kennt sie nicht; die fünf «Spass-Punker» aus Düsseldorf, die zwar – auf Massenmusik angesprochen – immer wieder alle Artisten in den Dreck ziehen, die von heute auf morgen zu Plattenmillionären avancierten, selber aber jede erdenkliche Gelegenheit nutzen, ihre Popularität noch zu steigern und jede noch so windige Kitsch-Fernseh-Sendung zu besu-

chen. Zudem «engagieren» sich die Toten Hosen wohl auf jedem Festival, das die Absicht hat, die «bösen» Rechten öffentlich zu Unpersonen zu erklären und die Jagd auf Skinheads und alles, was in den Augen der politisch Korrekten «rechts» ist, zu forcieren. Dabei haben die Toten Hosen offensichtlich gerne vergessen, was sie noch Anno 1983 auf ihrer allerersten Platte zum Besten gegeben haben. Der etwas ältere Vertraute erinnert sich gewiss noch an dieses «hübsche» Liedchen mit den unmissverständlichen Zeilen «Ülüsü war eine Türkin, wie konnte mir das bloss geschehen! Ülüsü war eine Türkin, ich werde das niemals verstehen!», welches die angewiderte Erkenntnis eines jungen Mannes eindrücklich beschreibt, nachdem sich seine Freundin als Türkin zu erkennen gegeben hatte. Tja, die Kunst ist in manchem Falle, wie auch die Politik, eine Hure, die nicht der Gefühle wegen die Bekanntheit mit einem Phallus macht.

Adrian Moser, Aarberg

Uncle Sam und Patriotismus

Ich hatte ja nie eine grosse Bewunderung für das Volk «Amerika» übrig. Die «Weltmacht», die in ihrer Geschichte zuerst den «roten Mann» ausgenutzt und vertrieben und danach auch noch den «schwarzen Mann» versklavt, ausgenutzt und abgeschoben hat. Sie mischt sich überall auf der Welt ein und wollen überall die Finger drin haben. Und so eine «Weltmacht» bringt es absolut nicht fertig, eine normale Präsidentenwahl ohne Probleme über die Bühne zu bringen.

Und wir wissen nichts Dümmeres zu tun, als jeden «Dreck» von drüben zu übernehmen. Das beste Beispiel ist für mich Halloween. Wir sind doch überhaupt nicht mit diesem Fest verbunden. Mir soll mal

einer, der sich an Halloween verkleidet, sagen, was es mit diesem Tag auf sich hat, woher diese Tradition kommt usw.

Wir sollten andere Feste vergessen und dafür unsere Feste intensiver feiern. Ich rede da vom 1. August. «Einmal im Jahr Patriot spielen!» Diesen Satz hatte ich dieses Jahr an einem Feuerwerkstand aufgeschnappt und mich fürchterlich aufgeregt. Warum ist es Herr und Frau Schweizer sogar peinlich, wenn man mal eine Schweizerfahne aus der Tasche zieht? Warum hängt in jedem Amerikaner-Schulzimmer eine Fahne und bei uns nicht? Warum dürfen wir nicht stolz auf unser Land sein?

Manuel Hurlebaus, Aegerten,
JSD-Aktivist

Ausländergewalt nicht verschweigen!

Aus Geldgier überfiel der 22-jährige Ex-Jugoslawe Goran I. zusammen mit andern das Restaurant Löwen in Dulliken. Dabei erschoss er eine 52-jährige Frau und einen 63-jährigen Bauern. Der Doppelmörder war 1998 eingebürgert worden; eine Mittäterin aus Bosnien erhielt ebenfalls im gleichen Jahr den roten Pass.

Weil er einen Mann erstochen hatte, wurde ein Asylant aus Sri Lanka verurteilt. Das Gericht erlaubte dem Messerstecher, in der Schweiz zu bleiben.

Mehr als 1 1/2 Kilo Heroin stellte die Polizei bei drei Albanern in den Asylheimen in Riehen und Pratteln sicher.

Im Gefängnis Waaghof überfällt ein junger Ausländer einen 63-jährigen Aufseher und schlägt ihn mit äusserster Brutalität zusammen.

25 Ausländer einer Einbrecherbande können in der Region festgenommen werden, 22 Ex-Jugoslawen und 3 Italiener. Die Leitung der Bande hatten hier lebende Asylanten inne.

Ein Türke und ein Mazedonier ermorden in Breitenbach einen 72-jährigen Rentner.

Im Gerbergässlein bedrohen ausländische Jugendliche eine Gruppe von Fasnächtlern und fordern Geld.

An der Horburgstrasse liefern sich Türken eine wilde Schiesserei. Zwei Faustfeuerwaffen und ein Stellmesser werden sichergestellt. Die Tatbeteiligten wohnen laut Stawa-Sprecher seit zehn Jahren in Basel.

Ein ca. 1.70 Meter grosser Schwarzer mit Rasta-Frisur greift am Oberen Rheinweg einen Passanten mit einem Messer an und verletzt ihn. Zwei Jugendliche werden bei der Mittleren Brücke von sechs Männern, die gebrochen Deutsch reden, bedroht und ausgeraubt.

In der Disco «Bell Tower» werden junge Schweizer von mehreren jungen Türken mit Drohungen und mit einem Messer zur Herausgabe von Geld gezwungen.

Nach einem Überfall auf einen Club können 15 Türken festgenommen werden. Die meisten leben seit 10 bis 15 Jahren mit Flüchtlingsstatus in der Schweiz und sind seit Jahren von der Fürsorge abhängig.

Bis 250'000 Franken Drogengeld soll ein albanisches Ehepaar gewaschen haben. Die beiden Ausländer stellten ausserdem unter falschem Namen Asyl-Anträge.

Ein 19-jähriger Türke vergewaltigt in einem Jugendzentrum (im Gebetszimmer) ein 14-jähriges Mädchen. Die Strafe: Nur Arbeitserziehung. Der türkische Vergewaltiger darf in der Schweiz bleiben.

In Binningen ersticht ein 30-jähriger Araber seine Schweizer Ehefrau. Das Gericht spricht ihn frei, ordnet Einweisung in psychiatrische Klinik an. Von einer Ausweisung ist nichts bekannt.

In der Disco Galeria tragen Ex-Jugoslawen einen Streit mit Schusswaffen aus.

An der Ecke Sperrstrasse/Riehenring veranstaltet ein Ausländer am helllichten Tag eine wüste Schiesserei und verletzt einen Jugendlichen schwer. Der Täter kam 1992 in die Schweiz und ist heute berufund arbeitslos.

Im Birseck-Gebiet vergewaltigt und misshandelt ein Ausländer aufs Schwerste vier Frauen, darunter eine 79-jährige Rentnerin.

Ein Konvoi von fünf hupenden Autos mit Ausländern fühlte sich beim «Efringerhof» an der Feldbergstrasse provoziert, 10 Ausländer stiegen aus und begannen auf den Wirt und die Gäste brutal einzuschlagen.

Large Justiz

Fünf türkische Schutzgelderpresser erhielten nur wenige Monate bedingt, d.h. sie bleiben auf freiem Fuss. Die Linksextremisten der TKP dürfen auch in der Schweiz bleiben (Niederlassungsbewilligung!). An einem Mittwochabend bedrohten zwei Ausländer drei Jugendliche mit einem Messer. Es gelang diesen vorerst zu fliehen, sie wurden aber eingeholt und von den Kriminellen geschlagen, unter anderem mit einem Holzkegel. An der Dufourstrasse konnten die zwei Gewalttäter gestellt werden. Es handelt sich um zwei Männer im Alter von 18 und 17 Jahren aus Ex-Jugoslawien. Beim Restaurant «Klybeck» in Kleinhasel stach ein Türke einen 38-jährigen Schweizer nieder und verletzte ihn schwer.

Das Baselbieter Strafgericht sprach einen jungen Türken von der Vergewaltigung einer jungen Schweizerin frei, obwohl ein Glaubwürdigkeits-Gutachten der jungen Schweizerin bescheinigte, dass sie die Wahrheit spreche. Der Ausländer ist vielfach vorbestraft, unter anderem wegen Betrug und Körperverletzung.

Der Anteil der Ausländer bei Delikten gegen Leib und Leben ist höher als bei den Schweizern, erklärte BFA-Direktor Peter Huber an einer Tagung. In Basel liegt er im Durchschnitt bei 61%. Der Ausländeranteil bei Tötungsdelikten liegt bei 65%, bei Vergewaltigung bei 71% (Zahlen vom Chef des Kriminalkommissariats).

Keine Einzelfälle

Ausländergewalttaten sind also keine Einzelfälle. Und es werden

täglich mehr. Bei weitem nicht alle Delikte wurden angezeigt. Nicht vergessen darf man den Drogenhandel, der fast ausschliesslich von Ausländern beherrscht wird. Im Fall Goran I. stellt sich noch die Frage, wer solche Leute einbürgert. Wer hat z.B. jenen Italiener eingebürgert, der in seinem Heimatland wegen Mordes gesucht wurde?

Wird jetzt automatisch eingebürgert? In Basel wurden kürzlich 382 Ausländer eingebürgert, 116 Türken, 93 Italiener und 90 Ex-Jugoslawen (Basler Zahlenspiegel). Wer kontrolliert die Gesuche?

Warum dürfen etliche kriminelle Ausländer weiterhin das Schweizer Gastrecht geniessen? Offene Schweiz, tolerante Schweiz?

Diese Fragen soll sich jeder vor Wahlen und Abstimmungen stellen.

Was tun inzwischen die Behörden?

Sie verfolgen Schweizer Andersdenkende, zerren kritische Bürger vor Gericht. Alles völlig legal nach der Strafnorm des Maulkorbgesetzes (Rassendiskriminierung). Schweizer hingegen dürfen, nach einem Urteil des Zürcher Bezirksgerichts, da sie angeblich kein Volk seien, diskriminiert, beleidigt und verhört werden. Doch zahlen ist erlaubt. So bewilligte der linke Basler Regierungsrat unlängst 370'000 Franken für sogenannte Integrationsprojekte von Ausländern...

Nicht schweigen, sondern aufstehen ist das Gebot der Stunde!

Wahrheit gegen Fremdenhassgejammer.

Tatsachen gegen Verharmlosung und Multi-Kulti-Euphorie.

C. Pilipp, Basel

Bundesratswahl in turbulenter Zeit – Blitzaufnahme

Zwischen den Wahlgängen lese ich meine «Aargauer Zeitung». Die Wahlen verlaufen «wie gehabt», die Nachrichten in der Zeitung sind die alltäglichen.

Asylstatistik November: Monatsrekord an Gesuchen. Dazu als Gegenstück die Lebensgeschichte eines mit einundzwanzig Jahren ausgewanderten Schweizer. Sein Weg führte ihn nach Johannesburg, den Irak, den Iran, nach Kuwait und 1980 als Ingenieur nach Australien. «Um die Einreisebewilligung zu erhalten, musste man sich ausweisen über berufliche Tätigkeit und Qualität, genügend Geld, gute Gesundheit und über die Kenntnis der englischen Sprache».

Einwanderer in unser Land, das untenstehende in ein und derselben Zeitung:

– die Verbrecherlaufbahn des eben in Spreitenbach gefassten Bosniers Jelenko Sjenica, nämlich Schiesserei 1995 in Mellingen, Gefängnisausbrüche 1996 Lenzburg, 1998 Winterthur, 1999 Kloten, durch das Fenster des Bezirksgebäudes Zürich am 5. September 2000. Als er am 2. Dezember auf einen Polizisten anlegte, verpasste,

ihm der bedrohte Polizist einen Beinschuss. International ausgeschrieben, gilt er «als sehr gefährlich». Wann wird er aus dem Spital ausbrechen?

– drei Tote in einer Wohnung in Sitten, «drei Menschen schwarzer Hautfarbe mit schweizerischer und portugiesischer Nationalität». Neben den Leichen einen schreienden mehrmonatigen Knaben.

– eine wilde Schiesserei im Zürcher Kreis 4, ein 23-jähriger Kroatote tot, ein 23-jähriger Jugoslawe schwer verletzt, zwei unbekannte «Personen» (Täter?) entkommen. Und die unterlegene Bundesratskandidatin Rita Fuhrer vor der Schwierigkeit, die Verbrecher auszuschnappen!

Unbeirrt gibt es nämlich Schweizer, die nicht genug solcher Einwanderer herbeiwünschen, ohne Nachweise (wie in die klassischen Einwandererländer USA, Kanada, Australien) und jeden, der Abhilfe schaffen möchte, als Rassisten beschimpft. Soeben hat ein gewählter Bundesrat den Eid auf die Verfassung abgelegt. Wir können nur hoffen, dass er Nöte und Sorgen (auch der Schweizer) wahrnimmt.

Robert Berner, Rheinfelden

Wo bleibt da die Gerechtigkeit?

Nach einer wilden und äusserst riskanten Verfolgungsjagd durch Basel begeben sich zwei flüchtige Täter in einem gestohlenen Fahrzeug auf die Autobahn. Viele unbeteiligte Personen gefährdend verfolgen die Täter absolut rücksichtslos, ja fast menschenverachtend ihren Fluchtweg.

Das tönt entweder wie ein Zitat aus einem billigen Polizeiroman oder wie ein Polizeiprotokoll aus der schlimmsten Chikagoer Zeit. Nichts davon. Das sind Tatsachen aus Basel an der Schwelle zum Jahr 2001. Die Täter werden unter Einsatz des Lebens zweier Polizisten gebremst und gestoppt. Trotz

grösster Vorsicht hat einer der Polizisten die Brutalität und Skrupellosigkeit der Insassen unterschätzt. Der Basler Polizist nähert sich dem gestohlenen Fahrzeug und wird nach Öffnung der Fahrzeugtüre mit einem eisernen Gegenstand niedergeschlagen und schwer verletzt. Dies war alles in der Presse zu lesen. Auch der Gebrauch der Pistole – mit einem folgenden Schuss des zweiten Polizisten auf den flüchtenden zweiten Wageninsassen – wurde publiziert. Leider führte dieser Schuss zur Todesfolge.

Was jedoch nicht publiziert wird ist, wie dieser Beamte heute behandelt wird. Trotz massiver Gefährdung der Öffentlichkeit, Verletzung unzähliger Strassenverkehrsgesetze und schwerer Körperverletzung eines Polizisten wird dem Polizisten, der dem Ganzen ein Ende bereitet hat, ein Verfahren angehängt. Er wird suspendiert, verhört und fast wie ein Verbrecher behandelt. Wer ist eigent-

lich der Täter und wer das Opfer? Wie soll die Polizei ihre Aufgabe erfüllen, wenn sie nicht in die Lage versetzt wird, der Situation entsprechende Massnahmen zu ergreifen? Präventive Massnahmen sind nicht handhabbar (ich erwähne mit Absicht nicht die Nationalität der Täter!) und im Ernstfall riskiert der Gesetzeshüter, selber zum Täter gemacht zu werden! Es gibt einfach zu viele Leute von Gruppierungen in der Schweiz, die sich nicht einen Deut um die Gesetze scheren, sondern indirekt vom Gesetz als Täter auch noch geschützt werden. Im Notfall geht man halt einfach in sein Mutterland zurück (siehe Überfall aufs türkische Konsulat vor ein paar Jahren!).

Arme Schweiz! Und ich bin überzeugt, dass sich die Situation in den nächsten Jahren verschärfen wird! Arme Schweizerinnen und Schweizer!

Roger Metzger, SD-Oberwil

bezogen wird und dass Kartoffeln in den Geschäften jeweils nur bis zur Menge von fünf Kilos abgegeben werden.

So hätte die Prawda zum Jahreswechsel 2000/2001 aussehen können und in der Neuen Zürcher Zeitung desselben Tages wären dann solche Meldungen zu lesen gewesen:

– Neue Steigerung des Rüstungswettlaufs. Ein ziviler Experte des Pentagon beruft sich auf abgefahrene sowjetische Weltraumsignale und folgert: Die Sowjetunion habe in der Lasertechnik einen Durchbruch erreicht, der es unumgänglich mache, die Technologie des «Kriegs der Sterne» in den USA schnell voranzutreiben.

– Ein Korrespondentenbericht aus Moskau meldet Proteste und Streiks aus den Bergwerken von Kemerowo und die Verhaftung der Streikleitung.

– In Leningrad (heute St. Petersburg) werden nach Angaben von Touristen zwei junge Schriftsteller wegen der illegalen Weitergabe von Werken Solschenizyns zu fünf Jahren Lagerhaft unter verschärften Bedingungen verurteilt.

– In Washington lehnt das State Department die Visaerteilung für eine Delegation von zehn sowjetischen Kinderärzten ab.

– In Berlin (Ost) wird ein junger Volkspolizist von seinen Kameraden erschossen, als er versucht, während der Feier in der Silvesternacht in einem scheinbar unbeobachteten Moment über die Mauer zu fliehen.

Nachrichten von 2001 hätten auch so lauten können. Heute jedoch, nach zehn Jahren des Umbruchs, ist klar, dass die Welt so nicht wieder werden kann. Aber so ähnlich wäre sie wohl, wenn der letzte Generalsekretär der KPdSU nicht Michail Gorbatschow geheissen hätte oder wenn er in die Fussstapfen seiner Vorgänger getreten wäre – ein ziemlich konservativer KP-Partei- und Staatschef, dem nichts wichtiger ist, als die eigene Macht des Apparats zu erhalten, legitimiert allein durch die alten ideologischen Leerformeln.

Reformen versendet

Ich will den alten Marxistenstreit, ob Männer oder Massen Geschichte machen, nicht neu aufrollen. **Mit Sicherheit hätte die Geschichte aber ohne Gorbatschow anders ausgesehen. Deshalb habe ich seine Rede im Nationalratssaal vom 12. Dezember 2000 – anders als die SVP-Fraktion – auch nicht boykottiert, sondern ihm gut zugehört.** Natürlich wäre die Entwicklung auch ohne Gorbatschow nicht stehengeblieben, weil sich die tiefe Krise des sozialistischen Systems längst nicht mehr verbergen liess. Aber die Veränderungen wären mit Sicherheit langsamer vor sich gegangen, die Reformversuche wie

bei früheren Ansätzen versendet. Niemand im heutigen Russland (und auf der ganzen Welt) bezweifelt, dass Gorbatschow der Mann der Umgestaltung war, dessen Reden die Worte Perestroika und Glasnost in allen Sprachen zu geläufigen Begriffen machten.

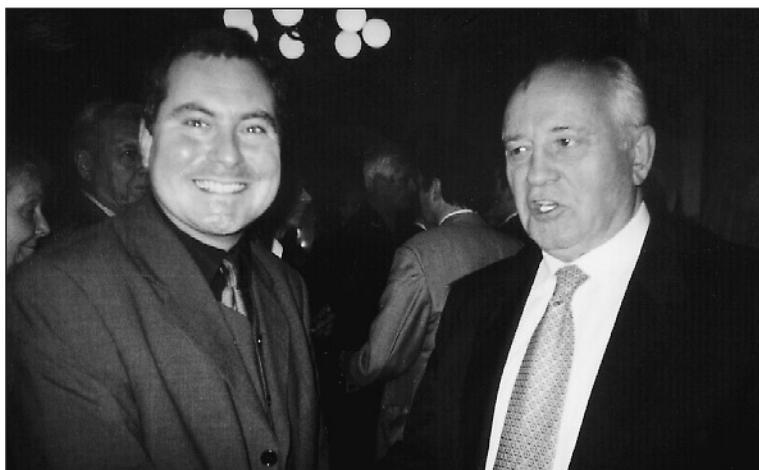
Sieger der politischen Schönheitskonkurrenz

Gorbatschow hat diesen Prozess einmal eine Revolution genannt. Die Revolution, die wirkliche und völlige Umwälzung der Machtverhältnisse, hat sich in Russland bisher nicht vollzogen. Statt dessen gab es Machtverschiebungen mit noch unbekanntem Ausgang, eine völlige Veränderung des politischen Klimas, in dem die Probleme der Nachfolgerstaaten der Sowjetunion (wie beispielsweise die von Gorbatschow in Bern geforderte Beseitigung der chemischen Waffen in Russland) offengelegt und diskutiert und die Wirtschaftsreform, der es weitgehend noch an Konsequenz und Ergebnissen fehlt, angepackt werden können. Es herrscht sicherlich eine neue weltpolitische Lage, in der sich die ehemaligen Supermächte dank Gorbatschows «Neuem Denken» aus der erstarrten und verbissenen Konfrontation des Kalten Kriegs gelöst haben. So wurde Gorbatschow zum sicheren Sieger in den politischen Schönheitskonkurrenzen der ganzen Welt. Im heutigen Russland allerdings schwankt seine Popularität; Kritik und Enttäuschung über das bisher Erreichte überwiegen.

Träumer zurückgeholt

Der Balkan, Sudan, Ruanda, Kongo und Tschetschenien haben die Träumer auch im Westen im vergangenen Jahrzehnt auf den Boden der Realität zurückgeholt. Die einzige verbliebene Weltmacht USA, die im vergangenen Jahrzehnt im Irak, in Somalia, in Haiti und auf dem Balkan oft mit Waffengewalt intervenierte, möchte mit Hilfe seiner Militärs seine globale Vormachtstellung ausbauen. In der Uno, in der Welthandelsorganisation, in der Nato, beim internationalen Strafgericht spielt Amerika nur mit, wenn die Welt nach seiner Pfeife tanzt. Doch auch die «Globalisierung» bedarf einer «Perestroika», einer menschlichen Umgestaltung, wie sie seinerzeit Gorbatschow im Riesereich Sowjetunion eingeleitet hat. So wie damals der zentral gesteuerte Ein-Parteien-Staat modernisiert, reformiert und demokratisiert wurde, sollte es im neuen Jahrtausend auch möglich sein, das amerikanisch dominierte Eine-Welt-Gebilde zu reformieren, regionalisieren und schliesslich zu entmachten. Erst dann findet Michail Gorbatschows eingeleitete Umgestaltung auch sein globales Ende.

Bernhard Hess, Nationalrat und SD-Zentralsekretär, Bern



Kurzer Händedruck: Michail Gorbatschow und SD-Nationalrat Bernhard Hess.

Deshalb habe ich Gorbatschow zugehört

So, denke ich mir, hätten Zeitungen an Silvester 2000 auch aussehen können – zum Beispiel die *Prawda*:

– Das Foto auf Seite eins zeigt Michail Gorbatschow, er wird von Staatspräsident und KP-Generalsekretär Vladimir Putin mit dem Zweiten Goldenen Stern des Helden der Sozialistischen Arbeit ausgezeichnet. In einer kurzen Ansprache erklärt er, nach der Erneuerung des Sozialismus trete die Sowjetunion nun in das Stadium des Kommunismus ein. Eine dicke Überschrift verkündet »Höher das Banner des Marxismus-Leninismus in der Landwirtschaft!«. Der Artikel darunter berichtet über Ernterfolge und schreibt die Transportverluste an Getreide und den mangelhaften Zustand des Ma-

schinenparks der Sabotage durch vom westlich-bourgeois Denken beeinflussten Elementen zu.

– In Bukarest wird der greise Nicolae Ceaucescu vom dankbaren Volk mit dem Titel «Retter der Nation» ausgezeichnet.

– Auf einer Neujahrs-Parteikonferenz in Berlin (Ost) nennt der Staatsratsvorsitzende Egon Krenz den Bau eines neuen Braunkohlekraftwerks einen Erfolg der DDR und ein Zeichen der Überlegenheit des sozialistischen Systems.

– Auf der letzten Seite zeigt ein Foto junge Konditorinnen, die zum Jahreswechsel in einem Moskauer Kaffee Nationalgebäck ausstellen. Weiter unten informiert eine kleine Meldung die Sowjetbürger, dass die Zuckerration der Lebensmittelkarten in diesem Monat nur zur Hälfte



Kanton Basel-Land

Regierung schützt Demoverbot,
aber...

Demonstrationen sind ein Grundrecht unserer Demokratie. Dieses Grundrecht darf nur dann eingeschränkt werden, wenn eine konkrete Gefahr für die öffentliche Ordnung bestehen und Ausschreitungen mit Sicherheit und hoher Wahrscheinlichkeit voraussehbar sind. Im Falle der Partei national orientierte Schweizer (PNOS), wird von Seiten der Baselpolter Regierung mit allfälligen Aus-

schreitungen und Verstössen gegen die Antirassismus-Strafnorm das Grundrecht der Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt. Ein Demonstrationsverbot wurde in Liestal ausge-

Fortsetzung Seite 9



Thurgau

Einmalige Gelegenheit:
EU-Podium Weinfelden

Die langjährige EU-Parlamentarierin aus Österreich, **Frau Dr. Johanna Grund** konnte für das Podium zur Abstimmung vom 4. März gewonnen werden!

Freitag, 26. Januar 2001, 20.00 Uhr Hotel zum Trauben, Weinfelden/Saal (beim Rathaus)

Thema: «Heute erst recht NEIN zur EU – nicht zu Europa! Was steht auf dem Spiel für die Schweiz? Wo bleiben Freiheit und Demokratie?»

Anschliessend Diskussions- und Fragestunde.

Auch Gäste aus anderen Kantonen sind willkommen!

Bitte heute schon reservieren!

Jahresversammlung 2001 der SD Thurgau:

Am Dienstag, 20. März 2001, 20.00 Uhr, Hotel zum Trauben, Weinfelden (Gerichtsherrenstube)

Im Anschluss an die ordentlichen Geschäfte: Frau Dr. Johanna Grund spricht über «Demokratie und Scheindemokratie in der EU» – «mitreden und mitbestimmen oder Diktatur total?»

Anschliessend Diskussions- und Fragestunde.

Wir laden Sie herzlich ein zur interessanten **Reinacher (BL) Vortragsreihe**. Reservieren Sie sich diesen Abend – Sie erfahren wieder viele Neuigkeiten und Dinge, die man uns vorenthalten will...

Donnerstag, 15. Februar 2001, 19.30 Uhr, Gasthof «Ochsen», Hauptstrasse 41, Reinach BL

Frau Doris Auerbach, Bettigen, redet über die direkte Demokratie und darüber, was wir nicht wissen dürften...

Wir erwarten wieder einen Grossaufmarsch und freuen uns schon heute auf diesen Abend.

Schweizer Demokraten Reinach BL

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
 Aargau	Bezirk Aarau	Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr
	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen
	Bezirkspartei Bremgarten	Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Freiämterhof, Villmergerstrasse 7, Wohlen
	Sektion Kulm	Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Central, Reinach
	Bezirkspartei Lenzburg	Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Lindenhof in Schafisheim
 Bern	Stadt Bern	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern
	Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg
	Sektion Oberrargau/ Mittelland/ Emmental	Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal
	Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen	SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg
	Sektion Thun/Konolfingen	Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
 Luzern	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern 37. ordentliche HV am Samstag, 17. Februar 2001, 19.30 Uhr, Rest. Schützenhaus (Mövenpick), Rüstkammer, 1. OG, bei der Allmend, Luzern (Bus 5 + 20)
 St. Gallen	Sektion St. Gallen und Umgebung	Stammtisch jeden letzten Mittwoch im Monat in einem Saal im Restaurant Dufour, St. Gallen. HV SD St. Gallen mit Nationalrat Flavio Maspoli am 3. März im Rest. Dufour, St. Gallen, ab 17.30 Uhr
	Sektion Wil und Umgebung	Info-Abend am 12. Februar 2001, 20.00 Uhr im Restaurant Fass, Hubstrasse in Wil
 Zürich	Sektion Bülach	Stammtisch jeden letzten Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Sternen, Kirchgasse 36, Kloten
	Sektion Dielsdorf	Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf
	Sektion Hinwil	Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Metz, Walderstr. 19, Hinwil
	Sektion Limmattal	Stammtisch am ersten Dienstag des Monats, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren
	Sektion Uster	Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf
	Sektion Winterthur	Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss; Busendstation. Parkplätze genügend hinter dem Restaurant vorhanden. Für Rückfragen: Rolf Boder, Tel. 052 - 202 09 82, Natel 079 - 468 86 27

sprochen. Am gleichen Tag, wo dieses Demoverbot in den Medien veröffentlicht wurde, besetzten kurdisch-türkische Aktivisten das Bundeshaus in Bern. Letztere wurden aber nicht inhaftiert, nein man verhandelte behutsam und stundenlang mit ihnen. Man stelle sich das einmal vor, Ausländer besetzen das Parlament in Ankara, ich glaube diesem Missbrauch des Gastrechts würden die Behörden und Politiker der Türkei nicht noch grosses Verständnis entgegenbringen. Am folgenden Tag «veranstalten» kurdische Mitbürger an einer bewilligten Demonstration in Basel eine Strassenschlacht und trotz Verboten wird in Basel und in anderen Schweizer Städten weiter demonstriert und randaliert. Auch wenn man als Demokrat ein gewisses Verständnis für die Kurden und Vorkommnissen in der Türkei haben muss, allein das gewalttätige Vorgehen der kurdischen Demonstranten und die Besetzung des Bundeshauses in Bern lässt uns die

Frage stellen, wer hier eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellt?

Nach Meinung der Schweizer Demokraten hat hier die Politik einmal mehr versagt! Die kleine Gruppe jugendlicher Schweizer Nationalisten, die in Liestal nicht demonstrieren durften, können sich nun als Märtyrer unserer Demokratie profilieren, während die kurdischen Aktivisten und Chaoten, trotz Missbrauch unseres Gastrechts und Demonstrationsverbots, einmal mehr nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Diese Politik fördert den Extremismus bei den betroffenen Schweizer Jugendlichen, indem einmal mehr von der Classe-Politique mit zweierlei Grundrechten die Politik und das Demokratieverständnis «umgesetzt» werden. Warum werden in unserem Lande gewisse Ausländergruppen rechtlich bevorzugt behandelt?

Pressedienst SD Baselland

Leicht gekürzte SD-Vernehmlassung betreffend Entwurf zur Revision des Bürgerrechtsgesetzes und zur Revision der Kantonsverfassung

SD gegen faktische Abschaffung der Bürgergemeinden

(...) Dass die Regierung meint, aufgrund des Einzelfalles Pratteln rechtlich tätig werden zu müssen, ist an und für sich schon fragwürdig. Kürzlich hat der Kanton Luzern – wo der Fall Emmen viel tiefergreifender war – beschlossen, nicht in Richtung Liberalisierung oder Änderung der Einbürgerungsverfahren- und -Wege tätig zu werden! Sie schlagen klar eine Einbürgerungsliberalisierung vor, was wir ablehnen. Jede mögliche kritische Stimme soll ausgeschlossen werden. Unakzeptabel ist die Entmachtung des Landrates und der Bürgergemeindeversammlungen. Althergebrachte aber bewährte Volksrechte würden damit auf kaltem Wege abgeschafft. Die Vorlage kommt einer faktischen Liquidierung der Bürgergemeinden gleich. Wir sind entsetzt und enttäuscht, dass der Regierungsrat mit seinen Vorschlägen ein solches Ansinnen fördert. Bisher sind die Entscheidungsinstanzen mit Einbürgerun-

gen jeweils sehr verantwortungsvoll umgegangen. Es gibt darum keinerlei Anlass, die heutige Regelung zu ändern.

Dadurch, dass Einbürgerungen auch justiziabel werden sollen, schafft man faktisch einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung. Dem können wir nicht zustimmen.

Den verschiedenen Äusserungen der letzten Zeit entnehmen wir, dass sich die Baselbieter Regierung – wie auch das Verfassungsgericht des Kantons Basel-Landschaft – auch auf die neue Bundesverfassung abstützt. Im Rahmen der Beratungen zur neuen Bundesverfassung wurde der Bundesrat mehrere Male – protokollarisch und damit in den Materialien festgehalten – gefragt, ob die neue Bundesverfassung etwas im Bereich Einbürgerungen ändere. Der Bundesrat hat dies immer verneint und explizit erklärt, dass die neue Bundesverfassung im Bereich Einbürgerungen zu keinerlei Änderungen führe. Wir halten fest: Unser Volk wurde in dieser Sache bei der Abstimmung über die neue Bundesverfassung vom Bundesrat angelogen! Will sich nun die Baselbieter Regierung darauf abstützen?

Wir lassen uns unsere Volksrechte nicht nehmen! Im Abstimmungskampf ist mit unserer vollsten Gegenwehr zu rechnen. (...)

Rudolf Keller, Kantonalpräsident SD Baselland

Anzeige

Steuererklärungen (ganze Deutschweiz)

Formular ausgefüllt ab Fr. 95.–
AHV-Bezüger(innen) ab Fr. 65.–

Sie können uns Ihre Unterlagen auch per Post zustellen.

Betriebsberatung + Treuhand

Friedrich Auf der Maur
Stationsstrasse 12, 8604 Hegnau
Tel. (01) 946 00 51, Fax (01) 946 00 52



Basel-Land / Basel-Stadt



Berchtoldstag 2. Januar

Bald auch in Baselland und Baselstadt arbeitsfrei?

Ich werde am morgen früh von meinem Radiowecker geweckt, denn bei uns in den beiden Basler Kantonen wird gearbeitet. Aber das Radio sendet am 2. Januar ein Feiertagsprogramm, das DRS-Regionaljournal fällt aus. Im Dorf lese ich beim Milchhüli «Am 2. Januar bleibt unser Laden geschlossen». Unser Bahnhof ist auch – wie an Sonntagen üblich – zu. Die SBB hat im ganzen Land Feiertagsfahrplan, also auch bei uns. Der gewohnte Zug am Morgen – zwischen den Hauptabfahrtszeiten – fährt nicht. Zeitungen gibt's nur die wenigen aus unserer Region, alle andern sind erst wieder am 3. Januar zu lesen. In den Büros in Baselland und Baselstadt arbeitet etwa die Hälfte der Angestellten. Da ennet dem Jura niemand arbeitet, haben viele Leute auch keine Aufträge, keine Mails und keine neue Arbeit zu verrichten. Man kann nur einige Pendenzen bearbeiten. Meine Beobachtung ist die, dass die meisten, die arbeiten, in ihrer Arbeitsmöglichkeit an diesem Tag eingeschränkt sind. In zahlreichen Betrieben mit Aussenkontakten dürfte die Produktivität an diesem Tage halbiert sein. Nur Betriebe, welche in sich geschlossene Arbeitsgänge verrichten müssen, können normal arbeiten. Alle Banken in Stadt und

Land haben geschlossen, aber auch der eine oder andere Laden und viele Restaurants haben selbst bei uns schlicht die Läden dicht gemacht. Und meine Kinder haben an diesem Tag auch noch Schulferien. Abends sendet das Fernsehen selbstverständlich sein Feiertagsprogramm. Rund um uns herum, im Kanton Aargau, im Kanton Solothurn, im Kanton Jura, im Elsass und in Baden-Württemberg ist Feiertag. Also was soll diese beider Basler Extrawurst? Ich erinnere mich an einen Baselbieter Landratsvorstoss, den Klaus Hiltmann vor Jahren im Landrat einreichte. Die Forderung: Der Berchtoldstag soll wie sonst überall hierzulande auch im Kanton Basel-Landschaft zu einem Feiertag werden. Aber dieser Vorstoss wurde schubladisiert. Ich glaube, wer den obigen Tatsachenbericht gelesen hat, ist mit mir einverstanden, die Situation am 2. Januar muss ändern.

Ein weiterer Vorstoss im Landrat dürfte nutzlos sein. Deshalb habe ich mich entschlossen, eine kantonale Volksinitiative für die Einführung eines Feiertages in Basel-land zu lancieren. Alle sind eingeladen mitzumachen. Basel dürfte dann auch nachziehen müssen!

Rudolf Keller, alt-Nationalrat, Frenkendorf



Kanton Zürich



SD Bezirkssektion Hinwil

Festungsmuseum Reuenthal – ein lohnender Besuch

Am 14. Oktober reiste eine Gruppe im Kleinbus nach Reuenthal und besichtigte Festung und Museum in Begleitung eines Führers des Festungsvereins. Im Fluge waren mehr als zwei höchst interessante Stunden vorbei.

Mit dem Bau dieses Werkes wurde am 1. März 1937 begonnen, am 1. April 1939 konnte es der Truppe übergeben werden. Es stand zu Beginn der Mobilmachung Ende August 1939 als wichtiges Mittel der Verteidigung zur Verfügung. Dieses Werk leistete aber auch einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Stärkung des Verteidigungswillens von Truppe und Bevölkerung. Das Oberkommando der deutschen Wehrmacht erwähnte Reuenthal in einem geheimen Bericht folgendermassen: «Im allgemeinen tritt bei den Nord- und Nordostbefestigungen (der Schweiz) der hohe Prozentsatz von Werken mittlerer

Bauart hervor. Werke schwerer Bauart sind nur bei Reuenthal und an der Südostecke des Bodensees bekannt...»

Von 1939 bis Beginn 1945 war die Festung mehr oder weniger stark belegt, je nach Kriegslage. Auf Ende 1977 wurde die letzte Kompanie der Festung aufgelöst. 1988 konnte die Gemeinde Full-Reuenthal die 2,3 Hektaren Land mit Festung vom Bund für 66'000 Franken zurück kaufen. Gleichzeitig übertrug sie die Nutzung der Anlage dem Verein Festungsmuseum Reuenthal. Heute wird die Anlage jedes Jahr von einigen tausend Interessierten – Einzelpersonen, Schulen und Vereinen – besucht. Nachdem der Bundesrat mit der «Armee 95» die Liquidation von 15'000 militärischen Objekten, darunter der meisten Festungsanla-

Fortsetzung Seite 10

Festungsmuseum Reuenthal

Fortsetzung von Seite 9

gen, beschlossen hatte, bleibt Reuenthal ein Zeugnis für eine Zeit, wo der Wehrwille von Volk und Regierung noch intakt war, und wo kein Bundesrat und keine obersten Armeeeführer von der Abschaffung der Milizarmee und der Bildung einer internationalen Schweizer Söldnertruppe träumten. Die Teilnehmer der Exkursion sind beeindruckt von dem, was das Museum zu bieten hat, und sie empfehlen jedem Schweizer Demokraten, Reuenthal gelegentlich zu besuchen.

Festungsmuseum Reuenthal

Öffnung: April bis Oktober
Jeden Samstag: 13.30–17.00

Gruppenführung: nach Anmeldung

Montag–Freitag und Samstagvormittag

Festungsbeizli – Museumsshop
Besuch Miescherhalle: anfragen

Auskunft und Gruppenbesuche:

Tel. 056 - 243 10 36

Fax 056 - 243 10 82

www.festungsmuseum.ch

*Hans Steffen, a. Nationalrat,
Fischenthal*

Zum Andenken



Ernst Pfister-Bouffé

30.8.1921 – 19.12.2000

(sh) Am Dienstag, 19. Dezember 2000 verstarb im Alter von 79 Jahren **Ernst Pfister-Bouffé** in seinem Heim in Wald ZH.

Er gehörte seit den 70-er-Jahren zu den treuen Mitgliedern unserer Partei. Er wirkte zuerst als Rechnungsrevisor und nahm

später Einsitz in den Vorstand. Als ehemaliger Buchhalter führte er während 10 Jahren professionell und mit grossem Einsatz die Kasse der SD-Bezirkssektion Hinwil.

In den Wahljahren 91, 95 und 99 galt es, jeweils Spenden und Ausgaben von über 100'000 Franken zu verarbeiten und zahlreiche Gaben zu verdanken. Mitte 1999 übergab er sein Amt an eine jüngere Kraft. Ein schweres Leiden zwang ihn dieses Jahr zu einem längeren Spitalaufenthalt.

Am 22. Dezember nahm eine grosse Trauergemeinde Abschied von diesem treuen Eidgenossen, darunter eine Delegation der SD-Bezirkssektion Hinwil.



Kanton Thurgau



«Rüge» des Presserates ist keine Rüge!

Man habe der Thurgauer Zeitung und der Thurgauer Volkszeitung eine Rüge erteilt, verkündete das «Selbstkontrollorgan» der Medienbranche, genannt Presserat. Ausgerechnet der Kläger, Egon Lehmann von Frauenfeld, hatte die Schweizer Demokraten – und ganz besonders ihren Präsidenten – in einem Leserbrief im April 2000 unter der Gürtellinie mehrfach und auf primitive Weise mit (linkem) Schmutz beworfen. Stellvertretend für die Schweizer Demokraten hatte SD-Präsident Willy Schmidhauser in einer Erwiderung «Egon Lehmann – kein Gentleman!» die Anwürfe in Anstand und Würde zurückgewiesen. Wäre dies von der Redaktion nicht ermöglicht worden, hätte die SD Thurgau gerichtliche Schritte eingeleitet. Wenn der Presserat den damaligen Leserbrief von Lehmann als «sachliche Wahlanalyse» einstuft, muss sich dieses «Selbstkontrollorgan», indem auch Sigi Feigel Einsitz hat,

den Vorwurf gefallen lassen, parteiisch zu sein und mit zwei Ellen zu messen. Offensichtlich ist der Presserat ein umgehängtes Mäntelchen einer Medienbranche, die in vielen Bereichen das Mass verloren hat und so sich eine Art Legitimationsorgan zugelegt hat, das die Menschen täuschen soll.

*Schweizer Demokraten,
SD Thurgau*

Das sind die 21 Mitglieder des «Selbstkontrollorgans» Presserat:

Prof Roger Blum, Bern (Präs.); Daniel Cornu, Dir. Centre Roman de Formation des Journalistes (Vice); Catherine Aeschbacher, TA-Red. (Vice); Marie-Louise Barben, Berner Gleichstellungsbeauftragte; Sigi Feigel, Zürich; Ueli Leuenberger, Dir. albanische Volkshochschule Genf; Jean-Pierre Graber, Dir. Handelsschule La Neuveville; Philip Kübler, Zürich;

Roland Neyerlin, Heilpädagoge, Luzern. Dazu kommen 12 Journalisten: Sylvie Arsever, «Le temps»; Dominique Bugnon, Bundeshauskorrespondent; Dominique von Burg, TSR; Esther Diener-Morscher, freie Journalistin; Judith Fasel, Radio DRS; Luisa Ghiringhel-

li, freie Journalistin; Silvana Ianetta, «Facts»; Madeleine Joye, «La Liberté»; Katharina Lüthi, Radio DRS; Edy Salmina, RTSI; Daniel Suter, «Tages Anzeiger»; Max Trossmann, «Berner Zeitung». Das Sekretariat befindet sich an der Bahnhofstrasse 5, 3800 Interlaken.

Eselei im Bundeshaus

Eine von vielen Medien kaum hinterfragte Ausbootung der offiziellen, demokratisch gewählten SVP-Kandidaten für den Bundesrat ist keine «Ohrfeige» oder ein «Denkzettel» für die SVP oder Blocher, auch keine Heldentat parteiischer (DRS-)Medien, aber sicher ein Schandfleck unfähiger Politiker und umnachteter Linker. Die grobe Missachtung der SVP-Kandidaten ist vor allem eine schallende Ohrfeige für SVP-Wähler und Steuerzahler, die jene Meinung in Bern vertreten haben möchten, die ein Zürcher SVP-Flügel vertritt. Wer so glaubt, Blocher zu treten, tritt sich selbst, unsere Demokratie und jene Menschen, die hinter diesem Meinungsspektrum stehen. Das ist demokratiefeindlich, menschenverachtend

und dumm. Solche Eseleien müssen letztlich von allen ausgebadet werden. Haben wir nicht schon über 50% Resignierende und Angewiderte im Lande? Die SVP aber muss sich einmal mehr sagen lassen, dass man nicht zwei Herren dienen kann. Opposition und gleichzeitig Regierungspartei spielen, ist unsinnig. Schade, dass Bundesrat Schmid nicht dankend abgelehnt hat – mit dem Hinweis auf die offiziellen Kandidaturen seiner Partei. Seinen Posten verdankt er jetzt Politikern, die ganz andere Ziele haben. Damit ist seine Handlungsfreiheit zweifellos eingeschränkt! Das aber kann nie Sinn einer demokratischen Struktur zum Wohle aller sein!

*SD Thurgau,
Kantonale Parteileitung*

Neujahrsbrief an Bundesrat Deiss



*Willy Schmidhauser,
Präsident der
SD Thurgau,
Dettighofen*

Sehr geehrter Herr Bundesrat Deiss

Auch ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie alles Gute. In der Beilage erhalten Sie einen weiteren Bettelbrief des Blindenverbandes, der mir zugestellt wurde – damit Sie sehen, wie Privathaushalte vermehrt angebettelt werden. Solche sozialen Aufgaben und Kosten für unsere blinden Mitmenschen müsste doch der Staat und nicht zuletzt der Bund lösen. Dafür bezahlen wir diese gewaltige Steuerlast! Dies, bevor immer neue Millionen und Milliarden im Ausland verteilt oder in grössenwahnsinnigen Projekten mit der Argumentation «Wir wollen mitreden und mitbestimmen...» verplämpert werden. Hilfe (direkte) zur Selbsthilfe wäre da doch ein gutes Stichwort! Jeden Tag erfahren wir von «Bern», was auch kostenmässig noch dazu kommen soll. Beispiel Mehrwertsteuer. Gleichzeitig wird alles teurer. Amtliche Handlungen sind bald unerschwinglich. Aber auch der Produktionsstandort Schweiz hat bös gelitten; er ist für

alle immer teurer geworden (vergleichen Sie bitte die %-Listen der Fiskalquoten etc.). Das ist ein grosser Schaden für unser Land! Der Bundesrat hat eigenmächtig und ohne das Volk zu fragen, «Tafelsilber» verkauft und die Erlöse in die marode Kasse des Herrn Villiger gesteckt – was kein seriöser Geschäftsmann je tun würde! (z.B. PTT) Auch das ist schliesslich ein gewaltiger Schaden für unser Land und für unsere Wirtschaft!

Zur UNO und Ihrem Propaganda-Feldzug für diesen fragwürdigen Verein ist nur dies zu sagen: Es geht nicht um die Kosten – da wurde das Volk in Sachen UNO ja schon längst aufs Kreuz gelegt (wir zahlen überall massiv mit...). Es geht um den Stolz, das Ehrgefühl und die Würde unseres Landes, unserer freiheitlichen Demokratie und aller Länder dieser Erde. Im UNO-Sicherheitsrat sitzt ein Massenmörder, Diktator und Feind der Freiheit, von dessen Gnaden wir schon seit Jahrzehnten tausende von (Tibet-) Flüchtlingen beherbergen. Es ist eine Schande, dass Sie uns mit solchen Leuten zusammenbringen wollen, und es ist ein Elend für alle friedliebenden Nationen, die auf Freiheit und Unabhängigkeit hoffen. Das zeugt von wenig bis gar keiner Linie, Herr Bundesrat Deiss! Das Schweizer Volk ist mit solchen Machenschaften nicht einverstanden, die höchstens einigen «Krämern» und welt-

weiten Profiteuren Nutzen bringen. Sie, Herr Professor, sind meine grosse moralische Enttäuschung! Ich kann Sie aber auch menschlich nicht verstehen, denn Tibeter werden von China sukzessive ausgerot-

tet. Formosa als UNO-Gründernation wurde unter dem gewaltigen Druck Chinas aus der Völkermitte und aus dem UNO-Palast vertrieben. Ich kann Sie überhaupt nicht verstehen!

Gerechtigkeit für unser Land

Jüdische Flüchtlinge 1933–1945



Robert Berner,
Rheinfelden

Nur Teil der Wahrheit ist für Heinz Albers-Schönberg der Bergier-Bericht. Per Autor einer Neuerscheinung, väterlicherseits Berliner, von Seiten der Mutter Enkel General Ulrich Willes (geboren 1926), seit 1955 in Meilen eingebürgert, fragt nach dem «Warum» und «Wer war verantwortlich». Als Deutscher wurde er 18-jährig zum «Endkampf» aufgeboten und im Rheinland kriegsverletzt. Heute als Schweizer macht er sich zum Anwalt seiner mütterlichen Heimat, und dies am Beispiel der gegen die Schweiz laufenden – reichlich spät erhobenen Vorwürfe. «Wenn man das Schicksal und die Katastrophe der europäischen Juden auch nur annähernd erfassen will... dann muss man das ganze Bild sehen». Das Verhalten der europäischen und nordamerikanischen Mächte und der Verlauf des Krieges müssten zur Beurteilung von Schuld oder Unschuld der Schweiz einbezogen werden. Einzelschicksale seien zwar erschütternd, aber nicht zu verallgemeinern wie im Bergier-Bericht.

Nach Hitlers Machtergreifung

Jeder Widerstand sei ab 1933 skrupellos ausgeschaltet worden. Die Judenverfolgung konnte beginnen. 1938 – nach der Annexion Österreichs – wurde Juden der «J» in die Pässe gestempelt. Am 9. November 1938 war «Kristallnacht», bei der nicht nur Synagogen brannten, sondern Geschäfte geplündert wurden und Transporte nach den KZ einsetzten.

Die Schweizer Flüchtlingspolitik

Erste Flüchtlingsströme wandten sich nach Holland, Belgien, Frankreich und der Schweiz. Bis 1942 hatten die Kantone grossen Entscheidungsspielraum. Im Badischen Bahnhof Basel reisten 1933 10'000 Personen ein. Später häuften sich bei der Gesandtschaft in Berlin die Niederlassungsgesuche. Die hohe Arbeitslosigkeit in der Schweiz (und auf der ganzen Welt,

als deren Folge auch Überfremdungsängste) verhinderte grosszügige Aufnahme. Bald setzte auch der Flüchtlingsstrom aus Österreich ein. Dass bei uns eine Betreuung anliefe, «wurde in Österreich rasch bekannt, so dass der Flüchtlingsstrom nur um so mehr an schwoll».

1938: Judenstempel

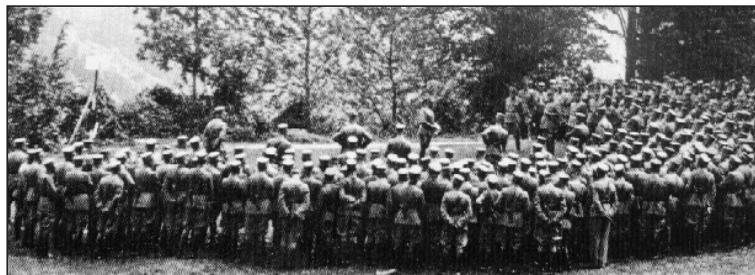
Rothmund hat diesen nicht «erfunden». Die Zwickmühle aber war, hier den Nazi nachzugeben oder einen generellen Visumszwang einführen zu müssen, auch für Schweizer. Der «J» ist nur ein «Nebenprodukt» und nicht diskriminierender als die vorgestellten Vornamen Israel bzw. Sara für alle deutschen Juden. Dass die Schweiz mit dem «J» einlenken musste, begreift, wer jene Tage miterlebt hat, als England und Frankreich beim Münchner Abkommen Hitler nachgaben. Die USA wollten sich aus ihrer Verantwortung ziehen, beriefen – eine Alibi-Übung – die Flüchtlingskonferenz nach Evian. Sie selbst nicht und keines der teilnehmenden Länder wollten Flüchtlinge aufnehmen. So waren bei Kriegsausbruch 5000 bis 10'000 Juden in der Schweiz blockiert.

1942: Die Wannsee-Konferenz

Hier beschlossen die Deutschen die Ermordung der Juden. Das Vichy-Regime Frankreichs lieferte diese aus. Die illegale Einwanderung in die Schweiz nahm entsprechend zu, und Bundesrat von Steiger erfasste Panik. Ein Kreis schreiben bestand auf Rückschaffung der Illegalen, denn Rassegründe (nur politische Verfolgung) galten nicht als Fluchtgrund. Zwar wusste man bereits über das Schicksal Deportierter. Entsprechend wurde der Bundesrat kritisiert. Damals sprach man vom «vollen Boot». Aber, so Albers-Schönberg: man solle sich hüten, jemanden als herzlos zu verurteilen. Denn das Volk wusste lange nicht alles. Die Zeitungen waren zensuriert. «Glücklicherweise», so der Verfasser des Buches, hatten die Behörden mit Rückführungen nur Teilerfolge. Die einen wurden weggewiesen, andern gewährten mitleidige Grenzorgane Einlass.

Nach der Landung

Ab 1943 kamen Flüchtlinge aus Italien. Die Grenze wurde über-



Rütliappart 1940.

rannt und es wurden Juden wie auch Zwangsarbeiter – statt nur «Politische» – eingelassen. Die Ratlosigkeit im Departement zeigt sich darin, dass Weisungen vielfach änderten. So wurden schliesslich 50'000 eingelassen, gegen 20'000, die zurückgewiesen wurden. Des Verfassers Kernfrage: Wer ist schuldig? Das seit Jahrzehnten thematisierte Überfremdungsproblem, Dr. Heinrich Rothmund, Bundesrat von Steiger?

Die Überfremdung

1914 betrug der Ausländeranteil 17 Prozent, konzentriert auf Städte wie Zürich, Basel, St. Gallen, Genf und auf den Kanton Tessin. In Genf wohnten 1914 40 Prozent Ausländer. Die gewaltsamen Revolutionen von 1917 und der Landesstreik von 1918 «erhöhten das Misstrauen gegenüber Ausländern». Abwehr der Überfremdung war Rothmunds Aufgabe. Der (freisinnige) Bundesrat Häberlin: «Haben diese Leute wirklich keine Ahnung, wie unendlich viel grösser die Überfremdung bei uns in der Schweiz ist als bei allen zum Vergleich herangezogenen Staaten?» (dies 1921). Ob Antisemitismus latent sei – «der wohl zivilisierteste unter den Antisemitismen» (laut Golo Mann) – bezweifle ich. Die USA haben jedenfalls in den kritischen Jahren kaum Juden ins Land gelassen, bleiben aber – anders als die Schweiz – von Sammelklagen verschont. Die Frage, wieviele Flüchtlinge die Schweiz hätte aufnehmen können, war vom Bundesrat nie beantwortet worden, wie sich auch die Bundesräte über «Ausgewogenheit» des Ausländerbestandes nie auf die Äste hinaus liessen.

Vorwürfe an die Schweiz

Die Flüchtlingspolitik sei unmenschlich gewesen! Hätte der Bundesrat alle Juden aufnehmen sollen? Alle aus Österreich? Max Frenkel (NZZ 20.11.99) fragt sich, welches damals der Handlungsspielraum der Schweiz gewesen war. Und Albers-Schönberg schreibt von 40'000 Juden, die man zusätzlich noch hätte retten können, als sich Hitlers Niederlage abzeichnete. Bei allen Schwachstellen im Bundesrat rät der Autor als «Spätgeborener» das damalige Umfeld zu berücksichtigen. Tragisch das Schicksal der Juden.

Auch eine grössere Hilfe hätte nicht viel daran zu ändern vermocht, auch wenn Einzelne Übermenschliches leisteten.

Und die Westmächte?

1941 habe man in Grossbritannien gewusst «What the Nazis planned». Doch die Kriegsführung hatte Vorrang. Bei uns hatte die Bewahrung der Unabhängigkeit oberste Priorität; Flüchtlingsfragen waren Sache von Chefbeamten. Und wir damaligen Soldaten? Ein Infanterie-Offizier an der schweizerisch-elsässischen Grenze: er habe nie einen Juden gesehen! Die Presse (für die zuhause Gebliebenen) stand unter Zensur. Bundesrat von Steiger? Von ihm fehlt im Bundesarchiv «ein wesentlicher Teil der Akten». «Tous coupables», alle schuldig, meint der Buchverfasser. Das gilt in vermehrtem Mass für die Grossmächte. Bezüglich ihres Mandats in Palästina verweigerten die Briten Einreisen «mangels Aufnahmefähigkeit». Einwanderung in die USA war «sehr erschwert» und «antijüdisch». Es seien in den USA «Fremdenfurcht und Antisemitismus» weit verbreitet gewesen.

Verbreitetes Mitgefühl

Scheiterhaufen gab es früher. Was sich hingegen in den Jahren 1940–1945 im «aufgeklärten» Europa abspielte, verursacht allein beim Lesen Herzklopfen. Wir wissen über Gaskammern. Aber über Flüchtlingschiffe! Eines, mit 796 Flüchtlingen, dem England die Landung in Palästina verweigert hatte, wurde nach langer Irrfahrt im Schwarzen Meer durch ein russisches U-Boot versenkt. Ein Einziger überlebte. Die Vichy-Regierung lieferte Juden aus Deutschland, Holland, Belgien, sogar französische den Henkern aus. Flüchtlingen blieben nur noch Spanien, Portugal und die Schweiz. Schweden nahm ganze 800 Juden auf, später kamen dazu noch die 7500 dänischen Juden, die auf Schiffen über die Ostsee entkamen. Vorher sei die schwedische Flüchtlingspolitik «härter und rigoroser» gewesen als jene der Schweiz. Positiv – bei derart Negativem – ist, dass der Autor immer wieder verlangt, das politisch-militärische Umfeld und die «sehr gefährdete Lage der Schweiz» mitzuberechnen. Solches vermisst er im Bergier-Bericht. *Fortsetzung Seite 12*

Das politische Umfeld

Die Nazi vernichteten Menschen auf grausame Art. Ihre Methoden übersteigen jede Vorstellung. Es seien Greuel, von denen man in tausend Jahren noch spreche. Dänemark sei bezüglich Komplizenschaft «rühmliche Ausnahme». Auch Schweizer haben geholfen, 30'000 Juden beherbergt (etwa 24'000 abgewiesen). Was hätte ich gegen letzteres tun können? 1938 rückte ich ein in die RS, 1939 als Soldat ein WK, Unteroffizier, vier Rekrutenschulen, Offiziersschule und Dienste bis Alter 55! Vielen Alterskameraden ging es ähnlich. Nichts wussten wir über

Juden. Und so bin ich mir keiner Schuld bewusst. Sogar den immer wieder hervorgeholten Heinrich Rothmund hat der Buchautor freigesprochen. So können wir zwar nicht «hoch erhobenen Hauptes weiterschreiben», müssen aber auch nicht in «Sack und Asche gehen», meint Albers-Schönberg auf Seite 203. Ich bin jedem zu Dank verpflichtet, der sich heute für die gebeutelte Schweiz einsetzt.

Heinz Albers-Schönberg, Die Schweiz und die jüdischen Flüchtlinge 1933–1945, Eine unabhängige Studie, Th. Gut Verlag, 2000, ISBN 3-85717-134-0, broschiert, 255 Seiten, in Buchhandlungen, Fr. 29.–.

Sind diese Leute blind oder pervers oder beides zugleich? Warum sagt der internationalistische Aussenminister nichts zu den israelischen Schiessereien auf jugendliche Palästinenser? Warum keine diplomatischen Schritte gegen Vertreibung und Völkermord an den Einwohnern Palästinas? Warum stoppt man die Vermehrung fragwürdiger Ausländer, die sich oft als kriminell erweisen, vor unserer Nase nicht? Wie kommt es, dass ausländische Gäste und Flüchtlinge, die zu Anstand und Anpassung verpflichtet sind, unsere Strassen verunsichern und als neuester Gag sogar narrenfrei das Bundeshaus besetzen können. Warum bittet der neue Bundespräsident uns Schwei-

zer, gegenüber dem Fremden und Neuen offener zu sein, statt Initiative zu beweisen, uns Landsleute schützen zu wollen und ausländische Straftäter und Demonstranten unverzüglich an ihren Herkunfts-ort zurückzuschaffen? Dumme, geheuchelte Vorwürfe gegen uns Eidgenossen werden immer mehr als Provokation und Feindschaft der Regierung gegen das Volk empfunden. Wenn aus dem Fehlverhalten der Verantwortlichen wirklich eines Tages Fremdenfeindlichkeit entstehen sollte, dann werden wir, fürchte ich, vor Problemen stehen, mit denen die heutigen Versager in der Politik mit Sicherheit nicht mehr fertig werden.

Thomas Blättler, Luzern



Medien-spektakel BSE

BSE ist ernst zu nehmen. Aber der Medienrummel um diese drei Buchstaben hängt einem bald zum Hals heraus. Das ganze Medienspektakel, das nicht zu enden scheint, wurde diesmal durch ausländische Meldungen heraufbeschworen. In Deutschland ist man im Gegensatz zur Schweiz aber nie offen und ehrlich mit BSE umgegangen. In der Schweiz wurden von Anfang an Massnahmen in die Wege geleitet, um die Verbreitung

dieser Seuche möglichst schnell unter Kontrolle zu bringen. Leider werden jetzt auch die Schweizer Konsumenten verunsichert, und der Rindfleischkonsum ist stark zurückgegangen. Dies bringt für die ganze Fleischbranche, vor allem aber für die Bauern, enorme Einkommenseinbussen. Ein solcher Preisbruch trifft viele Bauernfamilien hart.

Beim Rindfleisch besteht erwiesenermassen nur ein sehr kleines Risiko. Aber wo gibt es im Leben keine Risiken? Dass durch Geflügel-Importe aus China die Gefahr von Hühnergrippe besteht, wird von den Medien nur am Rande vermerkt. Im Alltag gibt es Arbeitsunfälle, Verkehrsunfälle, Sportunfälle, selbst beim Treppensteigen fallen Leute zu Tode. Für einige Leute sollen Drogen freigegeben werden. Haben die Medien vor den entsprechenden Risiken gewarnt? Nur beim Rindfleisch, so scheint es, will man den Leuten den Appetit verderben.

Hans-Jörg Fischer, Landwirt, SD-Kantonsrat, Forch

2001 – Stopp den unredlichen Vorwürfen!

Gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und andere verbale Schlagwörter, die in die gleiche Richtung zielen, haben sich in jüngster Zeit Bundesräte, politische Parteien, der Präsident des Schweizer Gewerkschaftsbundes und praktisch alle Mitwirkende der veröffentlichten Meinung breit ausgesprochen. Ich frage mich, was in den Köpfen solcher Lamentierer herumspukt, welche die Anti-Rechts-Hetze der BRD-Demokraten peinlich genau nachzueifern versuchen, als ob es in unserem Land je einmal eine ernsthafte Fremdenfeindlichkeit oder Spuren von Antisemitismus gegeben hätte. Seriöse Untersuchungen haben solche Vorwürfe längst und immer wieder in den Bereich der Phantombjägerie verwiesen. Die interna-

tional, besser antinational, angepasste Kampagne gegen Rechte verunsichert nun aber das Schweizervolk, weil es merkt, wieviel Unredlichkeit und Heuchelei sich hinter den Nachplappereien verbergen. Der Schweizer richtet seinen Blick auf Bundesrätin Dreifuss, die einmal verlauten liess, dass es ihr gleichgültig sei, ob die Schweiz morgen noch bestehe, oder auf die neue SP-Ikone Brunner, die unsere Heimat flugs zum Einwanderungsland erklärt, oder Aussenminister Deiss, der nach dem Weltgericht ruft und auf den scheidenden Bundesrat Ogi, der uns mit der NATO verknüpfen, die Schweizer Soldaten ins Ausland schicken und sie gar noch bewaffnen will. Ein Trauerspiel schweizerischer Selbstvergessenheit, das nach Klärung ruft.

Harry Potter lehrt okkulte Praktiken

Mit den Harry-Potter-Büchern der schottischen Autorin J. K. Rowling und den japanischen Pokémons kommt eine neue grosse okkulte Welle auf uns zu. Im vierten Harry Potter-Band werden die Kinder mit allen nur denkbaren okkulten Praktiken und Perversitäten vertraut gemacht, wie sie ihren Mitmenschen durch Verhexungen und Flüche schaden können. Das Kind wird in eine Welt der Magie, der Hexer und Hexen eingeführt mit ihrem ganzen lächerlichen und gefährlichen Hokuspokus. Da kommt immer wieder ein Zauberer, erhebt seinen Zauberstab und produziert unheimliche Dinge. Woher stammt die Kraft seines Zauberstabes? Der Zauberstab ist eine Nachäffung jenes Stabes, mit dem Mose grosse Wunder tat, um sein Volk im Auftrag Gottes aus der ägyptischen Knechtschaft zu retten. Er spaltete das Rote Meer für einen Durchgang und schlug eine Quelle aus dem Felsen. Die ganze Magie oder Zauberei ist nichts anderes als Götzendienerei, Satanskult. Hier einige Zitate aus dem vierten Band «Harry Potter

und der Feuerkelch»: Ab Seite 220 wird der Schulunterricht in der Zauberschule zur Lektion «Die unverzeihlichen Flüche» beschrieben. «Es gibt noch den ... Cruciat-Fluch», sagte Neville leise, aber deutlich. (Cruciat-Fluch heisst Folter, qualvolle Hinrichtung.) Moody steckte die Hand in das Glas, zog die nächste Spinne heraus und legte sie auf den Tisch, wo sie reglos stehen blieb, offenbar starr vor Angst. ... Moody zog seinen Zauberstab nicht zurück und die Spinne begann jetzt noch heftiger zu zittern und zu zucken... «Schmerz», sagte Moody leise. «Man braucht keine Daumenschrauben oder Messer, um jemanden zu foltern, wenn man den Cruciat-Fluch beherrscht.» Die Potter-Bücher sind pures Gift, die Herz und Denken unserer Kinder und Jugendlichen dem Okkultismus hörig machen. Wenn nun schon Kinder gelehrt werden, wie man Verfluchungen ausspricht, und zwar erst noch die allerschlimmsten, dann ist das ein Rückfall ins Zeitalter der Hexen.

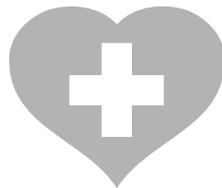
Arnold Guillet, Stein am Rhein

Linke Terroristen

In Burgdorf verübten kürzlich linksextreme Gewalttäter der sogenannten «Antifa» einen meuchlerischen Überfall auf ein Pärchen, das sich ebenfalls in der Zone der Demonstranten aufgehalten hatte und wohl aufgrund seines äusseren Erscheinungsbildes gleichgesetzt wurde mit Rechtsradikalen. Es spielt hierbei absolut keine Rolle, ob dieses Paar nun eine andere Auffassung als die wüsten Schläger der Antifa innehat oder nicht; entscheidend ist einerseits, dass die linken Terroristen, deren Ideologie von entsprechenden Sympathisanten ja eigentlich immer vom Weltfrieden und dergleichen Geseiere durchtränkt ist, ausschliesslich ge-

willt sind, Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele anzuwenden. Andererseits ist gerade in bezug auf Terrorakte der Antifa und weiterer «revolutionärer» Zellen immer wieder festzustellen, dass die eigentliche kaltblütige und hinterhältige gewaltsame Methodik der Linksextremisten von den meisten Tageszeitungen entweder schlichtweg ignoriert oder nur halbwegs der Öffentlichkeit serviert wird. Im andern Falle, wenn eine rechtsextreme Horde zwei, drei «Linke» vermöbelt, geht ein Aufschrei der Entrüstung durch den Blätterwald. Komische Zeiten!

Hans-Peter Riesen, Grossrat und SD-Präsident Stadt Bern



2001 – Vigilance!

Le temps n'est pas venu d'oublier le résultat déplorable des votations relatives à la surpopulation étrangère excessive dans notre pays et ses conséquences sinistres. Les ennemis de la patrie, fort nombreux, de tous bords, triomphent sans la moindre pudeur. Les traîtres, car il s'agit d'un acte de trahison, ne cachent point qu'ils ne sauraient s'en tenir à ce seul succès. Ils s'emploieront à dénoncer sur tous les tons, encore et toujours la Xenophobie du peuple suisse. Les «politiquement corrects», se gargarisent de ce Leitmotiv, ils en font leur devise nationale, leur signe de ralliement, leur drapeau. Pour eux, pour ces traîtres, la Suisse ne peut se concevoir qu'à l'égalité d'un pays assujéti tel d'anciennes colonies lesquelles ont pourtant conquis le droit à l'autonomie. A l'occasion des récentes votations fédérales, seuls les naïfs furent surpris de voir l'entente cordiale régnant entre le chef syndicaliste et le patron des Groupements patronaux vaudois.

Il est ainsi des actes qui laissent subodorer quelque entente secrète... Bah! les archives expliqueront cela plus tard... un jour... peut-être? Ce coup de poignard dans le dos du peuple suisse, dans le dos du travailleur suisse n'est que la suite logique du coup de poignard précédent: le «OUI» aux bilatérales de malheur. Il faut le dire, le crier, l'avenir de notre pays ne paraît plus assuré. La magnifique construction érigée par nos pères se délite sous des coups de boutoir répétés, le chef-d'œuvre tremble sur ses bases. La statue des Rangiers n'est plus sur son socle. Un radical bon teint a pu faire accepter par la majorité des membres de la constituante vaudoise l'éradication du mot «PATRIE» du drapeau cantonal. Le mal est donc profond à tous les niveaux. Tous ceux pour qui la patrie n'est pas chose à jeter aux orties se doivent de réagir vigoureusement.

Le peuple suisse – vaudois en l'occurrence – se doit de vaincre son apathie, se doit de dire «NON» à une propagande effrénée de style goebbelsien. Il s'agit de dénoncer cette outrance haut et ferme. Les nuisances provoquées par le sinistre traité des bilatérales vont agir dès le 1er janvier 2001, jour «J» du 3e millénaire: les 40 T étrangers vont débouler à jet continu à travers le territoire national ouvert à leur convoitise. Ceci bien que la ratification du traité par les commissaires de Bruxelles ne soit pas encore entérinée. Mais le Conseil fédéral cède d'avance. Trois cent mille 40 T de l'UE sont autorisés à tracer des sillons sur les routes nationales. Un nombre égal de camions suisses est prévu... mais cependant le parc des camions suisses concernés n'atteint, au mieux, que... 55'000 véhicules! L'ASTAG s'est vu contrainte d'avouer que l'arrivée triomphante des 40 T de l'UE favorise les transporteurs étrangers au détriment des transporteurs helvétiques. Et alors! diront les traîtres. Le chantage de l'UE a réussi au-delà de toute espérance. En outre dès 2005

près de deux millions de 40 T de l'UE transiteront par notre pays. Les vert-gris ne bronchent pas, ils s'en garde comme du loup. Ce mois de novembre 2001 verra un paquet de questions posées au peuple suisse. Il s'agit d'être prudent, très prudent, et plus particulièrement à propos de la question 3 par laquelle s'affiche le cynisme des marxistes à la rose au poing: «l'initiative en faveur d'une redistribution des dépenses.» L'intitulé est menteur, il s'agit de gangréner la volonté de défense du peuple suisse en prétendant que «la menace militaire a diminué... C'est faux. La mort toute fraîche de l'enfant palestinien à Jérusalem, Mohamed El-Dirah a peut-être sonné le coup d'envoi de la 3e guerre mondiale... C'est donc un «NON» vibrant qu'il convient de donner à cette tentative de haute trahison 1 Et c'est un «OUI» enthousiaste aux deux référendums en cours: – Pas de mercenaires suisses sur sol étranger. – Pas de milices étrangères sur le sol de la patrie. J-F. Borlat, Paudex

Un petit état neutre a besoin d'un concept de politique de sécurité clair!

Non aux aventures guerrières – oui à la présence humanitaire



1. L'armée suisse remplit son mandat exclusivement dans notre propre pays (empêcher la guerre, défense nationale, aide aux autorités civiles en situations exceptionnelles).

2. Sur la base de sa stricte neutralité, la Suisse fournit une aide humanitaire accrue à l'étranger, mais exclusivement au moyen d'organisations civiles, telles que le Corps d'aide en cas de catastrophes. Aujourd'hui déjà, le travail de reconstruction et l'aide humanitaire de la Suisse au Kosovo, en Bosnie

et ailleurs sont exemplaires et largement au-dessus de la moyenne. De plus, nous avons accueilli chez nous quelques 70'000 réfugiés du Kosovo, soit un nombre nettement plus grand que n'importe quel autre pays comparable! Au lieu de gaspiller jusqu'à la fin 2001 au moins 60 millions de francs des contribuables pour l'engagement au Kosovo, qui est de surcroît contestable et contraire à la neutralité, il serait plus judicieux de développer le Corps suisse d'aide en cas de catastrophes.

Démocratie

La Suisse est un pays démocratique et pluraliste. Il y a la Suisse allemande, la Suisse romande, la Suisse italienne et la Suisse romanche. Ces quatre régions forment un tout. Lorsqu'il y a une votation fédérale, c'est la majorité des voix qui l'emporte. Pourquoi a-t-on toujours tendance à vouloir dire, après chaque votation, que les Suisses alémaniques – qui sont patriotes, intelligents, travailleurs et consciencieux – ne sont jamais d'accord avec les Suisses romands? Tout cela est complètement faux étant donné que nous vivons en démocratie. Certains romands voudraient séparer la Suisse romande de la Suisse allemande pour en tirer un profit (imaginaire). Erreur!

Que deviendrait la Suisse romande sans la Suisse alémanique? On n'ose pas y penser. Autrefois, les fondateurs de la Confédération ont voulu vivre hors de la Domination étrangère. Aujourd'hui, une partie des Suisses souhaite ardemment s'y faire dominer (quel paradoxe!) L'Indépendance ne leur convient pas du tout (quelle erreur de jugement!). Semons la Paix partout où nous le pouvons. Soyons heureux de pouvoir vivre dans notre Patrie qui a été constituée par des gens qui réfléchissaient beaucoup plus que nous le faisons aujourd'hui. Que Dieu protège l'Unité de la Suisse et sa Neutralité! Marcel Probst

Le Pileri

Le syndrome du Golfe

On devrait dire le syndrome de l'OTAN puisque les mêmes maladies cancéreuses se développent chez les soldats qui sont allés au Kosovo! Ce qui est scandaleux, c'est le culot avec lequel des soi-di-

sant experts mettent en doute les divers cancers de milliers d'anciens combattants, comme étant le résultat des explosions d'uranium enrichi amalgamé dans des munitions

Suite en page 14

fabriquées aux Etats Unis. J'ai même entendu aux nouvelles que les leucémies et autres hépatites B ou C ne proviendraient pas des munitions, mais des vaccins. On mélange tout, on amalgame tout pour semer la confusion dans les esprits. Ce qui est certain c'est que personne ne parle de l'eau, de la nourriture et diverses autres ingurgitations par les pores de la peau. Mme Schâr-Manzoli dénonce depuis des années dans son journal Orizzonti et bien avant les horreurs renouvelées en Yougoslavie, les vraies causes des GI's atteints par le syndrome du Golfe. Faut-il vraiment que pour la vache folle, il y ait des révoltés qui lèvent le poing avec violence pour que des mesures soient prises? Les avocats cow boys américains vont-ils agir contre le Pentagone et l'Otan de la même manière qu'ils l'ont fait contre les banques suisses?

Le monument Trois Pieds

Il faut absolument remédier à cette pompe aspirante du monument Trois Pieds qui s'intitule LAMAL, et qui a été érigé par notre conseillère, fédérale Ruth Dreifuss. Le système mis en place qui ressemble à du supercapitalisme, permet d'accumuler dans les caisses de nombreuses caisses maladie, des réserves dépassant la juste mesure et par conséquent exigent lors de remboursements divers comme frais pharmaceutiques, médicaux et hospitaliers, de continues augmentations de primes maladie. On devrait pouvoir diminuer de 20% au moins ces frais, mais il

faudrait en même temps et urgemment, changer les règlements de la LAMAL afin de ne pas continuer à favoriser certaines caisses au détriment d'autres. Quel sera le commando qui osera détruire ce monument Trois Pieds avant que celle qui l'a édifié ne démissionne selon les bruits qui courent dans la salle des pas perdus.

Hymnes nationaux

On assiste à des bizarreries propres à notre temps déstabilisé de partout et en même temps se cramponnant à de vieilles lunes. Les faiseurs d'ambiance, déboussolés, ne font plus la différence entre la bienséance et la grossièreté ou l'élégance et la vulgarité.

Ainsi les socialistes tant français que suisses, chantent toujours l'Internationale communiste, se gargarisant de paroles sanglantes et provocatrices, alors qu'ils viennent de prêcher lors de quelconque congrès, la solidarité, l'égalité et la paix. En voulant abreuver de sang les sillons de la vie, en soutenant la lutte des classes et en exigeant les révoltes de tout poil, leur hymne malsain désarçonne les plus motivés de leurs supporters et emballe les idiots utiles, moutons de Panurge ou perroquets drogués que leurs leaders ont décervelés. Même Poutine s'est rendu compte que pour redorer un blason communiste sali et dénaturé, il fallait d'abord changer ce qui enthousiasme les foules, le drapeau et le chant patriotique; il a rendu sa dignité au premier en ôtant la faucille et le marteau pour remplacer ces sym-

boles par l'aigle et une couronne, et en supprimant le second pour remettre à l'honneur l'hymne national de la Russie éternelle.

Qu'attendent les Jospin, Hue, Brunner et Dreifuss, aboyeurs patentés aux couleurs d'un communisme pas mort, pour infléchir, en Occident aussi, ces tendances nauséabondes. Mais évidemment, ils préfèrent faire la chasse aux sorcières plus facile contre quelques pêcheurs noirs attardés, c'est tellement plus payant dans cette ambiance maastrichienne du politiquement correct!

Le chantage progresse

En refusant de payer sa cotisation à la Fédération internationale des sociétés de la Croix Rouge tant que l'étoile de David ne figure pas sur l'emblème de la Croix Rouge américaine, ne fait qu'attiser le feu de l'antisémitisme et ce, au moment précis, où l'armée israélienne est montrée du doigt.

Voilà ce qu'écrit Jean François Santerel dans la Tribune de Genève, et il ajoute à juste titre, que ce vilain chantage qui s'ajoute à celui des avocats américains lors de l'affaire des fonds en déshérence, constitue une véritable aubaine pour les «racistes» (je dirais antisémites) de tout poil.

Ce correspondant est lucide à l'instar de milliers d'autres lecteurs et citoyens de ce pays, mais il ne comprend pas que cette stratégie est voulue et planifiée. Il ne faut surtout pas effacer des mémoires les camps de concentration nazis qui rapportent tant de milliards par

cette «Industrie de l'holocauste» ainsi que l'écrit si justement dans son livre portant le même titre, le juif américain Finkelstein. D'autre part, si cette source de souffrance montre des défaillances dans la quantité de rentrées financières, un chantage de remplacement sera trouvé, comme le symbole du pentagramme manquant sur la croix (rouge) alors qu'il figure en bonne place sur la pièce de 10.-francs français et sur le billet de 10 dollars américains, sans compter sur les nombreuses bannières nationales inféodées au grand capital.

Il ne faut surtout pas que cette atmosphère de haine muselée par l'article 261 bis, disparaisse de l'air que l'on respire depuis Maastricht et l'instauration du politiquement correct.

Octopus

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates Suisses **DS** 

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

Domaine public contre un tribun clairvoyant

Le pamphlet distribué par Christoph Blocher dans tous les foyers suisses intitulé «La Liberté plutôt que le socialisme» a fait bondir Antoine Maurice chroniqueur de la Tribune qui avance quelques critiques que je trouve vraiment partisans et à côté de la plaque.

Il prétend que la liberté dont se réclame Blocher ne concerne que les capitalistes, alors que l'UDC est soutenu, comme on l'a constaté, par une majorité de citoyens moyens. Par contre il estime que la liberté selon le critère socialiste se réclame lui, du siècle des Lumières et de la tradition révolutionnaire qui accordaient toutes les libertés individuelles et collectives et qui se sont émancipées du marxisme, est réel.

Que la chose est drôle! L'Internationale, chanson sanglante entonnée avec conviction après chaque congrès et réunion socialiste, attise la haine des classes et condamne justement les seuls citoyens qui prennent la liberté de ne pas être d'accord. Heureusement que les bûchers et la guillotine ont disparus, mais je vois très bien Chris-

tiane Brunner enflammer avec sa torche aidée par Antoine Maurice, mettre le feu au domicile de Blocher. D'ailleurs, si les socialistes adorent tellement la liberté pourquoi brandissent-ils l'épée du 261^{bis}? Et Blocher n'a-t-il pas raison de critiquer l'Etat qui est l'initiateur de cet arrêté muselière?

Ajoutons à ces quelques remarques les accusations contre le tribun émanant du journaliste qui parle de «fausse politique, de faux rural, de faux modeste, de faux populaire mais d'un vrai populiste avec le doigt levé du maître d'école», et vous aurez lecteurs et lectrices, le tableau idéal des furieux qui n'admettent pas leur perte d'influence et le manque d'enthousiasme des foules pour leur dictature rouge.

Et encore cette phrase de notre chroniqueur: «L'analyse historique permet de souligner la continuité socialiste historique des préoccupations de justice, d'égalité et de liberté, mais que ne voit pas le parti UDC ne s'attachant qu'aux débats actuels entre ces trois éléments qui sont les tâches de l'Etat.» Ca c'est

l'hôpital qui se fout de la charité. Il n'y a pas besoin de commentaires lorsqu'on voit les magouilles juridiques, les incompétences des édiles responsables mais jamais coupables, le manque d'équité dans la liberté d'expression lorsqu'on jette en prison de pauvres hères qui n'ont que leur clairvoyance en défense.

Les francs maçons recrutent en Suisse

A lire mon dernier article sur les desseins démoniaques des francs maçons à travers la nouvelle politique mondialiste qu'ils préparent depuis quelques centaines d'années, on peut se demander si le triangle et le tablier de cochon sont en perte de vitesse pour n'avoir en Suisse que 380 membres, alors que le plus petit des partis compte au moins 6000 membres, il faut croire que leur doctrine basée sur celle des Illuminés de Bavière ne paie pas auprès des femmes. En effet, elles ne seront jamais des Blair, Clinton ou Duisenberg, ni des Bronfman ou des Greenspan, en-

core moins des Rotschild ou des Netanyaou.

Elles oublient d'informer convenablement leur public en cachant le revers de la médaille. Si d'un côté il y a de bons conseils d'introversion pour se connaître soi-même, il y a l'autre face qui subrepticement essaie de vous inculper l'obéissance secrète et aveugle à des règles de subversion mentale comme l'acceptation ouverte des homosexuels, une liberté complète sur le net (sexualité comprise), l'addiction au jeu boursier, la permissivité d'aide aux drogués par l'Etat et avec les primes des autres assurés, l'e-

thanasie et surtout la légalisation de l'avortement, l'accueil universel des réfugiés au détriment des allo-gènes, et la dilution des races par consanguinité, l'emploi des OGM, du clonage et de la procréation assistée sans oublier la surveillance de Big Brother par le tout nouveau système Echelon qui contrôle même vos finances grâce aux nouveaux procédés «argentés» de la monnaie décelables par satellite. Il y a encore d'autres directives occultes dont je ne peux parler ici, car elles ne sont pas encore visibles dans la presse.

Maria de Seimners

Le Pilori

Une monstrueuse hypocrisie

Une fois de plus, Washington refuse un moratoire sur les munitions à l'uranium appauvri. Les Américains ont la mémoire courte. Que n'ont-ils pas voulu admettre pendant longtemps les effets nocifs de l'agent orange déversé par tonnes sur le Viet Nam? Il n'avait pas provoqué des dégâts irréversibles sur la nature et les gens du pays! Doit-on faire un dessin sur ce mensonge?

Après la seconde guerre mondiale, y-a-t-il eu des soldats mourant de leucémie ou du cancer? Ce qui n'est pas le cas pour la Guerre du Golfe où des tonnes de munitions à l'uranium appauvri ont fait leur apparition et ont répandu leur poison tant sur les civils irakiens que sur les soldats alliés! Et encore aujourd'hui combien d'ex GIs meurent-ils aux Etats Unis d'une maladie appelée syndrome du Golfe, que ces messieurs du Pentagone et de l'OTAN se refusent à appeler tout simplement le cancer de l'uranium? Donc, en refusant une fois de plus de se rendre à l'évidence en reconnaissant les conséquences terrifiantes de l'usage abusif fait en Bosnie et au Kosovo de ces armes et de proclamer non seulement un moratoire immédiat, l'OTAN tergiverse. Ce serait le moment idéal pour l'Union européenne de montrer un front uni, de serrer les rangs et de renforcer une cohésion sans faille devant ce danger latent venu d'ailleurs, pour exiger non seulement une interdiction totale immédiate de ces armes mortelles et post mortelles en même temps que la possibilité de demandes de dommages et intérêts. Nos euro turbos qui lancent une campagne souriante devant nous conduire à l'abattoir européen, sont des sadiques, des inconscients et des traîtres.

Ah! la belle campagne «Oui à l'Europe»

Continuons sur notre lancée pour féliciter ces jeunes écervelés de vouloir sciemment oublier les points les plus noirs des accords qui

lient les 15 pays de l'UE. Ainsi les questions financières leur importent peu. Que leur chaut une augmentation à 15% de la TVA! Pour beaucoup ce sera papa qui paiera. Ils oublient qu'en Suisse tout est plus cher que dans l'UE, donc la facture sera plus salée. Lorsque dans le même temps ils seront moins rémunérés pour leur travail, ce sera un peu tard pour se mordre les doigts. Vivons aujourd'hui dans l'euphorie d'une campagne quasi virtuelle et planant au-dessus des contingences basement économiques.

Il y a pire, aucun des initiants ne veut répondre franchement concernant les décisions de l'UE à prendre à la proportionnelle. Etant un des plus petits pays de ce conglomérat arrogant et dictatorial (voir l'Autriche) les voix octroyées ne feront jamais le poids vis-à-vis des grands pays ayant entre 26 et 29 délégués. Toutes nos suggestions et recommandations si pratiques soient-elles, seront balayées au cas où elles n'iraient pas dans le sens du consensus dictatorial. Nos banques qui contribuent généreusement au budget national devront, elles aussi verser leurs milliards dans le tronc commun pour alimenter les pays pauvres et les futurs pays de l'Est encore plus démunis. Quelle belle perspective que l'on nous propose...!

Un égoïsme dangereux

Voilà donc Adelboden qui crée un précédent en asséchant une rivière pour alimenter les canons à neige de sa station de skis. Qu'importe la soif des animaux, la mort des truites et autres petits organismes vivants, qu'importe l'assèchement des berges, la mort des arbres et des champs, pourvu que quelques fanas puissent dévaler des pentes pendant quelques jours! Le fric encore une fois prend le pas pour des profiteurs, sur le bien commun et le respect de la nature! Qu'attendent les citoyens d'Adelboden pour clouer au pilori les responsables de cette atteinte inadmissible au patrimoine national?

NON à l'initiative «Oui à l'Europe»

Pas d'adhésion à l'UE



- Non** à l'accroissement de l'immigration et de l'emprise étrangère
- Non** à une UE centralisatrice, bureaucratique et anti-démocratique
- Non** à «l'importation» de dizaines de milliers de chômeurs
- Non** au démantèlement de notre démocratie directe
- Non** à la criminalité sans limite dans une Europe sans frontière
- Non** à un enfer suisse provoqué par le trafic de transit, pas de transports inutiles d'animaux!
- Non** à la suppression du franc suisse (pas de monnaie unitaire UE)
- Non** à la menace d'augmentations des charges fiscales et des taxes (minimum dans l'UE: 15% de TVA)
- Non** à une Suisse sans paysan
- Non** au mépris des décisions du peuple suisse

La Suisse devrait verser 5 à 7 milliards de francs par an sans pour autant avoir de l'influence sur l'emploi et autres décisions arbitraires, si elle était membre de l'UE.

Dérapage

Nos médias et le gouvernement cantonal de Thurgovie, ne se préoccupent nullement des énormes difficultés auxquelles doit faire face la police, en l'occurrence celle de Thurgovie qu'ils s'empressent de clouer au pilori en ce début d'année, parce qu'elle a osé déclarer, agacée et excédée, que les étrangers ont «une façon innée de commettre des cambriolages». Les benis oui-oui qui poussent nos vaillants policiers à s'excuser pour avoir proclamé une vérité à la Palice, ressemblent fort aux instances répressives turques, indonésiennes ou bruxelloises qui se comportent comme des juges omnipotents, bornés, dictatoriaux, partiels, en bref, des primitifs qui adorent le harcèlement. Ce sont eux qu'on devrait clouer au pilori.

Grande esbroufe internationale

Espérons que le réveil tardif des gouvernements qui ont envoyé leurs soldats respirer l'air et boire de l'eau à l'uranium appauvri (quelle belle formule!) tant dans le Golfe qu'au Kosovo, ne se comportent pas comme ils l'ont fait vis-à-vis des vacheries de l'ESB. Tant dans un cas que dans l'autre, de renvoi en renvoi, d'expertise en commission, de discours en discussion, le tout avec des experts de tous bords, la désinformation fleurit. On cache les incompétences, les profits, et on cherche à protéger les milliardaires producteurs de cochonneries mortelles par des ronds de jambes, des promesses – tous coupables mais pas responsables. Magnifique formule employée lors des procès du sang contaminé. Si aujourd'hui on prétend qu'il n'y a aucune cause à effets aux endroits contaminés, c'est vraiment aber-

rant, car les leucémies et autres cancers ne viennent pas tout seuls. La maladie de la vache folle n'est pas venue du ciel non plus.

La dame aux cochons dénonçait dès 1956 déjà l'imbécillité de nourrir des bovins et même des cochons avec des cervelles malades. Combien d'associations de protection des animaux et contre la vivisection ont elles dénoncé dès la fin de la guerre du Golfe les effets mortels de vaccins et d'armes néo-nucléaires sur les soldats malades. Le gouvernement des Etats Unis montré du doigt continue à ne pas admettre leur responsabilité dans cette situation contemporaine non seulement pour cacher une cupidité connue, mais surtout pour éviter que l'on découvre la vraie raison de leur idiosyncrasie! Pourquoi les médias ne cherchent-ils pas à savoir ce qui se cache derrière la dénomination «extranéenne»?

Egoïsme

Décidément, les humains bien portants se fichent éperdument des souffrances et du ras le bol des vieillards qui souffrent et que l'on veut obliger à prolonger leur vie sous prétexte de déontologie religieuse. Mais ces bien-pensants mentent effrontément. Je lis que les membres responsables des aumôneries des hôpitaux, des homes et EMS, déploieraient un surcroît de travail et de stress pour le personnel s'ils acceptaient la présence des associations Dignitas ou Exit auprès des candidats au suicide. Tous demandent plutôt le développement des soins palliatifs dont on connaît le peu d'efficacité, mais ne pas changer la routine et la distribution automatique de morphine, c'est tellement moins stressant...!

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
*Rudolf Keller, SD-Zentral-
präsident, Frenkendorf*
*Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)*
*Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralsekretär, Bern (CR)*
*Dr. Dragan J. Najman, Grossrat,
Einwohnerrat, Baden*
*Alexander Nyffenegger,
stv. Parteisekretär, Bern*
*Willy Schmidhauser, Präsident
SD Thurgau, Dettighofen*
Hans Steffen, Fischenthal

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT**
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich
pro Mitgliederjahr Fr. 45.-
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Die Schweizer Demokraten im Jahre 2001

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Gesinnungsfreunde*

Im kommenden Jahr werden sich die Schweizer Demokraten (SD) wie folgt besonders einsetzen:

Kein EU-Anschluss

Bereits am 4. März 2001 gilt es bitter ernst: Die EU-Beitritts-Initiative mit dem harmlosen Titel «Ja zu Europa» gilt es deutlich zu verwerfen. Wir Schweizer Demokraten kämpfen wiederum an vorderster Front gegen dieses unverschämte Begehren.

Keine Ausland-Armee-Einsätze

Voraussichtlich Mitte Jahr kommt das Doppel-Referendum gegen das neue Militärgesetz vors Volk. Auch hier werden die SD mit ganzer

Kraft für ein Nein zu Auslandseinsätzen der Schweizer Armee einstehen.

Kein UNO-Beitritt

Der Bundesrat bereitet derzeit im Eiltempo den UNO-Beitritt vor. Diesem neutralitätswidrigen Ansinnen werden wir uns ebenfalls entschieden entgegenstellen.

Keine Verschleuderung des Bürgerrechts

Jegliche Bestrebungen, die Einbürgerungsvorschriften auf Bundes- oder kantonaler Ebene zu lockern werden wir Schweizer Demokraten nötigenfalls im Alleingang mittels Referenden bekämpfen. Eine Verschleuderung des Bürgerrechts zum Nulltarif wird es für uns niemals geben.

Stopp der Überfremdung

Gemäss unserem Parteiprogramm werden wir weiterhin gegen die Überfremdung, gegen die Masseneinwanderung und gegen den Asylrechtsmissbrauch kämpfen und es nicht zulassen, dass unsere Heimat in einem EU-, UNO- oder NATO-Riesengebilde untergeht. Sie sehen, liebe Freunde, auf uns wartet auch im neuen Jahr viel Arbeit. Damit unser Kampf aber einigermassen erfolgreich sein kann, sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen. Wir bitten Sie deshalb dringend, das Abonnement des «Schweizer Demokraten» mit dem Ihnen in diesen Tagen separat zugestellten blauen Einzahlungsschein rasch zu begleichen. Herzlichen Dank.

Ihre SD-Parteileitung

Mutmassliche Gesundheitsgefährdung von Swisscoy-Angehörigen im Balkan durch Nato-Uran-Munition:

Armee-Auslandeinsätze: Kein Sonntagsspaziergang

Die Schweizer Demokraten (SD) als Gegner der bewaffneten Ausland-Militäreinsätze empfinden keinesfalls Genugtuung, sondern grosse Besorgnis über die tiefe Verunsicherung, die durch die Verwendung von Uran-Munition durch die Nato-Militärs im Balkan entstanden ist. Jeder Swisscoy-Freiwillige, aber auch dessen Eltern und Angehörige, werden jetzt wohl noch deutlicher als bisher erkennen, dass die Wirklichkeit solcher Auslandengagements sehr bitter werden kann. Das bisher propagandistisch geschönte Wunschbild des Bundesrates und des Departements für VBS über angeblich fast gefahrlose Einsätze von Swisscoy-Freiwilligen ist

brutal korrigiert worden. Hier geht es nicht um einen Sonntagsspaziergang. Von Kampfhandlungen bis zu langfristiger Gesundheitsgefährdung ist jederzeit mit allem zu rechnen. Deshalb sollte das altbewährte Neutralitätskonzept der Schweiz

nicht zulasten einer Nato-kompatiblen, interventionsfähigen Armee geopfert werden, die sich auch in fremde Händel einmischet.

*SD-Medienmitteilung vom
15. Januar 2001, Bernhard Hess,
Nationalrat und SD-Zentralsekretär*

Am 4. März 2001 ein klares

NEIN zur EU

(Nein zur EU-Anschluss-Initiative)

- Nein** zu jährlichen Zahlungen von 5 bis 7 Milliarden Franken an die EU-Kasse
Nein zur massiven, endgültigen Einschränkung der Mitbestimmung
Nein zur Übernahme der bürgerfremden EU-Bürokratie anstelle der direkten Demokratie (Referendums- und Initiativrecht)
Nein zur Gefährdung von Arbeitsplätzen durch eine verfehlte, zentralistische Wirtschaftspolitik
Nein zu höheren Zinsen für Hypotheken und Investitionen
Nein zu höheren Wohnungsmieten
Nein zu noch mehr zusätzlichen Steuern, u.a. mindestens 15% Mehrwertsteuer
Nein zum Verzicht auf den Schweizer Franken und die Abtretung von Währungsreserven an die EU-Zentralbank
Nein zu einer von Technokraten dirigierten Giganto-Landwirtschaft
Nein zum ungehemmten Zustrom von unqualifizierten Billigstlohnarbeitern (künftig auch aus Osteuropa)

Schicken Sie mir bitte Ex. des Flugblattes «Nein zur EU»

www.schweizer-demokraten.ch

Ich wünsche unverbindlich Informationen über die «Schweizer Demokraten (SD)»

Name: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____



Schweizer Demokraten
Postfach 8116, 3001 Bern